

Dirk Lange

Unterrichtsmaterialien der Sozialpartner

Eine Transparenzstudie

Studie an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Institut für Politikwissenschaft –
Didaktik der politischen Bildung, im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung 2005

Auf einen Blick ...

- Vor dem Hintergrund der voranschreitenden Stärkung ökonomischer Lernfelder und der einhergehenden Bedarfsausweitung an Schulen haben sich auch die Sozialpartner der Entwicklung von Unterrichtsmaterialien zugewandt.
- Die Unterrichtsangebote der privaten Anbieter findet zusehends Eingang in staatliche Bildungstätigkeit und bedürfen daher genauerer Betrachtung.
- Die Studie bringt anhand ausgewählter Fragen Transparenz in die Unübersichtlichkeit der Bildungsangebote. In die Untersuchung sind 163 Unterrichtsmaterialien eingegangen.
- Der Kreis der Anbieter wird gesichtet. Insgesamt dominieren die von arbeitgebernahen Initiativen entwickelten Unterrichtsmaterialien.
- Das ökonomisch-politische Themenspektrum ist inzwischen relativ breit. Gerade von Arbeitnehmerseite wird es aber noch nicht umfassend abgedeckt.
- Die Studie verweist auf thematische Lücken, unzureichende Adressatenorientierung und regt methodische Differenzierungsformen an.
- Am Beispiel „Mitbestimmung“ werden die Unterrichtsmaterialien einer kriterienbezogenen Analyse unterzogen. Es zeigen sich Defizite hinsichtlich der Umsetzung zentraler didaktischer Anforderungen, wie des Kontroversitätsprinzips, der Handlungs- und der Alltagsorientierung.
- Zum Teil werden die Unterrichtsmaterialien nicht nur als Lernmedien, sondern auch zum Transport von politischen Positionen und Meinungen genutzt. Im öffentlichen Lernort Schule ist aber nur die kritische Urteilsbildung über und nicht die beabsichtigte Vertretung von gesellschaftlichen Partialinteressen vertretbar.

Dirk Lange

Unterrichtsmaterialien der Sozialpartner

Eine Transparenzstudie

Inhalt

1. Einleitung.....	3
2. Charakteristika der Unterrichtsmaterialien im Überblick.....	5
2.1. Wer bietet Unterrichtsmaterialien an?.....	5
2.1.1. Arbeitgebernahe Initiativen.....	5
2.1.2. Arbeitnehmernahe Initiativen.....	14
2.1.3. Gemeinsame Initiativen.....	15
2.1.4. Andere Initiativen.....	16
2.2. Wie verteilen sich die Materialien auf die Sozialpartner?	18
2.3. Wie werden die Unterrichtsangebote finanziert?	19
2.4. Welche Adressaten werden angesprochen?	21
2.4.1. Personengruppe	21
2.4.2. Schulstufen und Schularten	22
2.5. Welche Medien werden angeboten?	25
2.6. Welche thematischen Schwerpunkte dominieren?.....	27
3. Unterrichtsmaterialien am Beispiel „Mitbestimmung“	31
3.1. Grundlagen	32
3.2. Kriterienbezogene Analyse	33
3.2.1. Entsprechen die Materialien der Kontroversität?.....	34
3.2.2. Sind die Materialien schülerorientiert angelegt?.....	36
3.2.3. Inwieweit werden handlungsorientierte Methoden eingesetzt?	40
3.2.4. Wird rezeptives oder selbsttätiges Lernen in den Vordergrund gestellt?.....	42
4. Fazit	44
5. Literatur.....	46

1. Einleitung

In der Politischen Bildung und im sozialwissenschaftlichen Unterricht hat das ökonomische Lernfeld in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Für diese Ausweitung haben sich verschiedene gesellschaftliche Interessengruppen – unter anderem aus dem Kreis der Sozialpartner - massiv eingesetzt.

So wurde 2000 vom u.a. vom DGB und BDA die Initiative „Wirtschaft – notwendig für schulische Allgemeinbildung“ gestartet. Der KMK wurde empfohlen, ein eigenständiges Schulfach zur sozioökonomischen Bildung zu entwickeln. Dazu ist es trotz wiederholter Forderungen¹ bisher nicht gekommen.

Inzwischen sind jedoch alle Kultusministerien soweit den Forderungen nachgekommen, als dass sie den ökonomischen Lernbereich in den Bildungsplänen gestärkt haben. Politisch-ökonomische Themen werden je nach Bundesland, Schulart und Klassenstufe unter verschiedenen Fachbezeichnungen unterrichtet; beispielsweise Politik/Wirtschaft, Wirtschaft und Politik, Sozialwissenschaften, Gemeinschaftskunde, Wirtschaft.

Diese Neugewichtung des ökonomischen Lernfeldes ist fachdidaktisch noch nicht hinreichend aufbereitet worden, was sich auch in den unzureichenden Angeboten der Schulbuchverlage niederschlägt. In dieser Situation gewinnen Unterrichtsmaterialien an Bedeutung, die von gesellschaftlichen Gruppen auf den Markt gebracht werden und nicht der staatlichen Schulbuchzulassung unterliegen.

Seit einigen Jahren haben sich vermehrt Wirtschaftsunternehmen, Stiftungen, Interessenverbände, Vereine und Initiativen dem politisch-ökonomischen Lernfeld angenommen. Sie haben Unterrichtsmaterialien entwickelt, die den Lehrkräften zumeist kostenlos angeboten werden. Die Produkte sind von unterschiedlicher Qualität. Aufgrund der aktuellen Bedarfslage ist aber zu befürchten, dass auch Materialien eine Resonanz finden, die tendenziös sind und modernen didaktischen Ansprüchen nicht genügen.

Die Transparenzstudie soll dazu beitragen, den unübersichtlichen Kreis der Anbieter zu erhellen und angebotene Unterrichtsmaterialien genauer in den Blick zu nehmen. In das Sample sind 163 Unterrichtsmaterialien eingegangen, die von den Sozialpartnern mitverantwortet werden (vgl. d. Literaturverzeichnis). Weiterhin erfolgt eine exemplarische Analyse des Themenschwerpunkts Mitbestimmung. Die Materialien wurden durch eine Verbindung unterschiedlicher Maßnahmen ermittelt und anhand der

¹ Vgl. Hierzu auch die „Eckpunkte - Empfehlungen für ein Kerncurriculum Wirtschaft“ die von einer Arbeitsgruppe der WMK, KMK, BDA, des BDI, DIHK, ZDH und DGB gemeinsam erarbeitet wurden.

nachfolgenden Leitfragen gesichtet, wobei die beiden letztgenannten auf den Schwerpunktbereich Mitbestimmung Bezug nehmen:

Welche Initiativen/Institutionen sind beteiligt?

Wer bietet die Unterrichtsmaterialien an?

Welche Medien werden angeboten?

Welche Zielgruppe liegt zu Grunde?

Welche Themenfelder werden aufgegriffen?

Wie ist die Qualität der inhaltlichen Darstellung?

Wie ist die Qualität der methodischen Aufbereitung?

Das Feld der privaten Anbieter von Unterrichtsmaterialien für den politisch-ökonomischen Unterricht ist äußerst breit gefächert. Neben den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden bieten zahlreiche Wirtschaftsunternehmen und deren Stiftungen entsprechende Materialien an. In der Studie erfolgt eine Fokussierung auf die Bildungsmittel der Sozialpartner. Die Eingrenzung unterliegt folgenden Kriterien:

Die Unterlagen wurden von den Sozialpartnern in Eigenregie erstellt oder (mit)finanziert: Materialien von Unternehmen oder Unterlagen der Stiftungen von Wirtschaftsunternehmen (Nixdorf Stiftung, Bertelsmannstiftung etc.) werden *nicht* berücksichtigt.

Die Materialien sind für den schulischen Unterricht bestimmt und richten sich an Lehrer und/ oder Schüler²: Fortbildungsmaterialien im Bereich Wirtschaft für Lehrer werden nicht berücksichtigt. Weiterhin werden außerschulische Bildungsangebote aus der Jugend- und Erwachsenenbildung nicht aufgenommen.

Die Initiativen sind bundes- oder landesweit tätig: Regionale Initiativen oder Austauschplattformen zur Kooperation von Schule und Wirtschaft im Allgemeinen werden nicht berücksichtigt.

Es werden eigene Materialien erstellt: (Link-)Sammlungen bestehender Angebote werden nicht berücksichtigt.

Unterlagen von Wirtschaftsunternehmen, deren Stiftungen (Nixdorf-Stiftung, Bertelsmann-Stiftung), Fortbildungsangebote und regionale Austauschplattformen werden nicht berücksichtigt.

² Soweit keine Differenzierung notwendig ist wird die maskuline Form geschlechtsneutral verwendet.

2. Charakteristika der Unterrichtsmaterialien im Überblick

2.1. Wer bietet Unterrichtsmaterialien an?

Die von den Sozialpartnern angebotenen Unterrichtsmaterialien werden häufig von mehreren Institutionen gemeinsam erstellt und herausgegeben, die sich zu Initiativen zusammengeschlossen haben:

- *Arbeitgebernahe Initiativen:* Zumindest ein Partner ist den Arbeitgeberverbänden oder einer arbeitgebernahen Institution zuzuordnen. Eine arbeitgebernahe Institution ist dadurch gekennzeichnet, dass sie von einem Arbeitgeberverband (mit)finanziert wird.
- *Arbeitnehmernahe Initiativen:* Zumindest ein Partner ist eine Gewerkschaft oder eine gewerkschaftsnahe Institution. Eine gewerkschaftsnahe Institution ist dadurch gekennzeichnet, dass sie finanziell von einer Gewerkschaft (mit)getragen wird.
- *Arbeitnehmer- und arbeitgebernahe Initiativen:* Es arbeiten sowohl Partner der Arbeitgeber- als auch der Arbeitnehmerseite zusammen.
- *Netzwerk-Initiativen:* Netzwerk-Initiativen lassen sich nicht eindeutig der Arbeitgeber- bzw. Arbeitnehmerseite zuordnen. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn zahlreiche andere Partner (wie z.B. karitative Institutionen) an der Initiative beteiligt sind.

Es gibt insbesondere auf Arbeitgeberseite Kooperationsformen zwischen den einzelnen Initiativen.³

2.1.1. Arbeitgebernahe Initiativen

Arbeitskreis Schule-Wirtschaft Bayern⁴

Der Arbeitskreis Schule-Wirtschaft Bayern ist ein Dachverband von rund 100 regionalen Arbeitskreisen Schule-Wirtschaft. Seinen Sitz hat der Arbeitskreis im Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft (bbw) e.V. Das Ziel der Initiative besteht nach eigenen Angaben darin, Wirtschaft als Lernort zu elementarisieren und damit einen Brückenschlag zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem zu erreichen. Der Arbeitskreis ist in zweierlei Hinsicht mit der Arbeitgeberseite verbunden. Zum einen ist er in das Netzwerk

³ So sind beispielsweise die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie sowohl maßgeblich an der Initiative ME Berufe INFO als auch an der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft beteiligt. Weiterhin bestehen eine Reihe von Kooperationen zwischen öffentlichen Institutionen bzw. Ministerien auf der einen Seite sowie Wirtschaftsunternehmen bzw. Arbeitgeberverbänden auf der anderen Seite.

⁴ Vgl. <http://www.schulewirtschaft-bayern.de/rubriken/arbeitskreis/startseite.html>

SCHULEWIRTSCHAFT (BUAG) auf Bundesebene eingebunden, zum anderen ist der Arbeitgeberverband auch auf Landesebene ein wichtiger Finanzierungsträger.

AusbildungPlus⁵

Das Projekt AusbildungPlus wird vom Institut der Deutschen Wirtschaft Köln getragen. Die Projektinitiative wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit gefördert. Sie umfasst beispielsweise einen bundesweiten Überblick über bestehende Ausbildungsangebote, ausgewählte Zusatzqualifikationen, duale Studiengänge sowie umfangreiche Informationen rund um die Berufsausbildung im Allgemeinen. Darüber hinaus werden Unterrichtsmaterialien zur Berufsorientierung angeboten.

Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT (BUAG)⁶

Die Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT wurde vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln initiiert und ist bundesweit bereits seit 1965 tätig. Finanziell wird die Initiative durch das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln und die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände getragen. Die Zielgruppe der Initiative verbindet Lehrer und Mitglieder von Unternehmen. Im Vordergrund steht der Austausch von Informationen und Erfahrungen zwischen Schule und Wirtschaft. Die Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT erstellt in diesem Zusammenhang Materialien und Hilfen für den Unterricht, um Vermittlungsformen wirtschaftlicher Zusammenhänge und Fragestellungen zu verbessern. An speziellen Projekten ist die Stiftung der deutschen Wirtschaft beteiligt.⁷ Mittlerweile existieren rund 460 Arbeitskreise SCHULEWIRTSCHAFT in allen Bundesländern. Daneben bestehen örtliche Arbeitskreise. Es handelt sich dabei überwiegend um freiwillige, informelle Zusammenschlüsse von Pädagogen, Vertretern aus örtlichen Betrieben und Repräsentanten aus Verbänden, Kammern und Arbeitsämtern sowie anderen Institutionen. Zu der Initiative gehören auch die autarken Landesarbeitsgemeinschaften SCHULEWIRTSCHAFT in den Bundesländern.

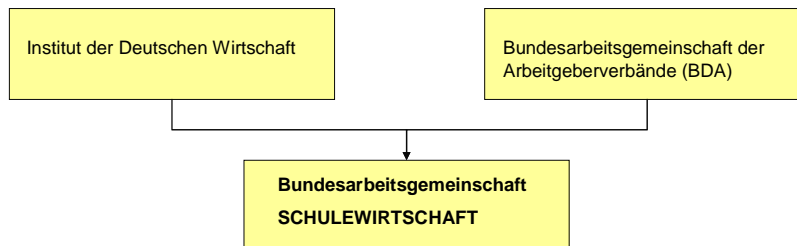
⁵ Vgl. <http://www.ausbildung-plus.de/>

⁶ Vgl. <http://www.schule-wirtschaft.de>

⁷ Ein Beispiel hierfür ist das Projekt Trans-Job, das praxisbezogene ökonomische Inhalte an allgemeinbildenden Schulen fördern soll. Es wird vom BMBF im Rahmen des Programms Schule, Wirtschaft, Arbeitsleben (mit-)finanziert.

Abb. 1: Finanzierung der Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT

Finanzierung der Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT



*Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA)*⁸

Die BDA organisiert als Wirtschaftsvereinigung die Interessenvertretung der Arbeitgeber branchenübergreifend. Die Mitglieder der BDA sind Tarifträgerverbände und ihre jeweiligen Spitzenorganisationen. Die BDA ist neben dem Institut der Deutschen Wirtschaft Köln Träger der Bundesarbeitsgemeinschaft. In diesem Rahmen gibt sie auch eigene Publikationen heraus.

Insgesamt wurden in diesem Überblick 23 Initiativen berücksichtigt, die der Arbeitgeberseite zugerechnet werden können. An 12 der Initiativen ist die BDA mehr oder weniger stark beteiligt. Weiterhin werden Initiativen der Bundesarbeitsgemeinschaft SchuleWirtschaft und die Landesarbeitsgemeinschaften finanziell durch die BDA unterstützt. Nicht selten werden Sachmittel (beispielsweise Büroräume) von der BDA zur Verfügung gestellt. Die folgende Abbildung illustriert die Beteiligung an Initiativen durch die BDA.

⁸ Vgl. <http://www.bda-online.de/www/bdaonline.nsf/id/SCHULEWIRTSCHAFT>

Abb. 2: Initiativen/Institutionen unter Beteiligung des BDA



*Fit für die Wirtschaft*⁹

Fit für die Wirtschaft ist ein modular angelegtes Unterrichtskonzept für Schüler der 8. und 9. Jahrgangsstufen. Während die Durchführung des Projekts beim Institut der Deutschen Wirtschaft und der Citibank liegt, wird die Initiative von der Citigroup foundation finanziert. Schüler sollen in circa zehn Unterrichtsstunden durch Kurzvorträge, Übungen und Spielformen an wirtschaftliche Themen herangeführt werden. Zentrale Themenfelder umfassen den Umgang von Jugendlichen mit Geld und berufliche Orientierungsmöglichkeiten. Grundsätzlich ist eine gemeinsame Durchführung mit der Citybank vorgesehen – die Unterlagen können jedoch auch ohne Beteiligung unterrichtlich genutzt werden.

*Go! to school*¹⁰

Der Projektträger der Initiative Go! to school ist das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln. Gefördert wird die Initiative vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit und dem Ministerium für Schüler, Jugend und Kinder des Landes NRW sowie der Europäischen Union. Die Kooperationspartner des Netzwerks bestehen in erster Linie aus Unternehmen. Schüler sollen Selbstständigkeit als Berufsperspektive entdecken, Einblicke in

⁹ Vgl. <http://www.fit-fuer-die-wirtschaft.de/>

¹⁰ Vgl. <http://www.gotoschool.de/frames.php4>

unternehmerische Fragestellungen gewinnen und über Themenfelder von Arbeitswelt, Mittelstand und Selbständigkeit im Allgemeinen informiert werden. Dazu wurden verschiedene Unterrichtsmaterialien entwickelt, beispielsweise der Medienkoffer Selbstständigkeit.

*Handfest*¹¹

Handfest erscheint als Zeitschrift und wird vom westdeutschen Handwerkskammertag e. V. herausgegeben. Gefördert wird die Initiative durch das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes NRW und dem Europäischen Sozialfonds. Auf der eingerichteten Website der Zeitschrift werden verschiedene Materialien als download für Schüler und Lehrer gleichermaßen offeriert.

*Handelskammer Hamburg*¹²

Die Handelskammer Hamburg hat unter Mitwirkung des Instituts für Ökonomische Bildung in Oldenburg und des WiGy-Club e. V. verschiedene Unterrichtsmaterialien erarbeitet, die den Aspektrahmen Wirtschaft im Allgemeinen aufgreifen.

*handwerks-power.de*¹³

handwerks-power.de ist eine Website des Baden-Württembergischen Handwerks. Sie richtet sich an Ausbildungsplatzsuchende, Lehrer sowie ausbildende Betriebe. Gefördert wird die Website durch das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg und die Europäische Union.

*Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (Wirtschaft und Schule)*¹⁴

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft versteht sich als branchen- und partiübergreifende Plattform. Ein Ziel der Initiative besteht darin, den Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft an die veränderten strukturellen Bedingungen des 21. Jahrhunderts anzupassen. Die Initiative wird im Wesentlichen von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie getragen, aber auch durch weitere Wirtschaftsverbände unterstützt. Wissenschaftlich begleitet wird die Initiative vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW).

¹¹ Vgl. <http://www.handfest-online.de/content/service/a-frameset-service.htm>

¹² Vgl. <http://www.wigy.de/hk24/index.html>

¹³ Vgl. <http://www.handwerks-power.de/Lehrerzimmer.21.0.html>

¹⁴ Vgl. <http://www.wirtschaftundschule.de>

Abb. 3: Finanzierung und wissenschaftliche Begleitung der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft



*IHK Niederrhein*¹⁵

Die Mitglieder der IHK Mittlerer Niederrhein umfassen circa 60.000 Unternehmen aus den Bereichen Industrie, Handel und Dienstleistung der Region Mittlerer Niederrhein.

*Junior*¹⁶

Junior versteht sich als Projektinitiative, die durch die Vermittlung von wirtschaftlichen Frageweisen und Zusammenhängen zu Existenzgründungen motivieren will. Die Schüler entwickeln eine Geschäftsidee und vermarkten diese, um wirtschaftliche Praxisbereiche kennen zu lernen. Projektträger ist das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln. Zu den bundesweiten Förderern gehört neben dem Institut der Deutschen Wirtschaft die KfW Bankengruppe, Gothaer, Handelsblatt und das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

*Wirtschaftvereinigung Stahl*¹⁷

¹⁵ Vgl. <http://www.ihk-niederrhein.de/beruf/lehrer/material.html>

¹⁶ Vgl. <http://www.juniorprojekt.de/>

¹⁷ Vgl. http://www.stahl-online.de/bildung_und_beruf/Kooperation_Stahl_Schule.htm

Die Wirtschaftsvereinigung vertritt branchenpolitische Interessen vieler in Deutschland produzierender Stahlunternehmen gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Daneben ist sie auch für die Interessenvertretung der ausländischen assoziierten Mitgliedsunternehmen zuständig. Eine Initiative der Wirtschaftsvereinigung Stahl stellt das Kooperationsnetz Stahlindustrie – Schule dar, durch das Schulen unterstützt werden sollen, um Unterricht (wirtschafts-)praxisnah zu gestalten.

Die Landesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT Thüringen¹⁸

Die Landesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT Thüringen gehört zur bundesweiten Initiative der Arbeitsgemeinschaft für SCHULEWIRTSCHAFT (BUAG). Die Landesarbeitsgemeinschaft nimmt gegenüber den regionalen Arbeitskreisen eine koordinierende und beratende Funktion wahr. Gestartet wurde die Initiative von den Thüringer Arbeitgebern und Wirtschaftsverbänden. Die Landesarbeitsgemeinschaft stellt eine Diskussionsplattform zur Verfügung, um Dialoge zwischen Lehrern, Ausbildern, Personalleitern, Unternehmern und Führungskräfte zu organisieren. In diesem Zusammenhang gibt sie spezielle Publikationen für den Unterricht heraus, die intensivere Zusammenarbeitsformen zwischen Schule und Wirtschaft ermöglichen sollen.

Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie (GESAMTMETALL) - ME Berufe INFO¹⁹

Im Mittelpunkt der Tätigkeit der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie stehen Aspekte der Tarifpolitik: Sie entwickeln Tarifkonzepte, analysieren die spezifischen Voraussetzungen für Tarifabschlüsse, bereiten Strategien für die Tarifrunden vor etc.

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie geben unter der Firmierung ME Berufe Info verschiedene Broschüren zur Berufsorientierung und zum Themenfeld Wirtschaft und Schule heraus. Es handelt sich dabei in erster Linie um Materialien, die Schülern durch Orientierungshilfen den Berufseinstieg erleichtern sollen.

Oeconomix (Citigroup Foundation New York, Citibank Deutschland)²⁰

¹⁸ Vgl. <http://www.schule-wirtschaft-thueringen.de/bwtw/bwtwcms.nsf/index.htm>

¹⁹ Vgl. <http://www.gesamtmittel.de/Gesamtmittel/MEOnline.nsf/id/B8C8D3F69C4D9CB9C1256BB3004E41A6>

²⁰ Vgl. <http://www.oeconomix.de>

Oeconomix wurde von der Citigroup Foundation New York initiiert. Die Projektentwicklung wurde vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln und der Citibank Deutschland organisiert. Im Internet und durch CD-ROM werden Lernseiten, Statistiken, Grafiken und Lernaufgaben zur Verfügung gestellt. Dabei stehen zurzeit die Themen „Konsum“ und „Arbeitsmarkt“ im Mittelpunkt, darüber hinaus ist eine thematische Erweiterung um „Unternehmen“, „Kapitalmarkt“, „Wettbewerb“ und „soziale Sicherung“ vorgesehen.

*Prawis*²¹

Das Modellprojekt „Praxiskontakte Wirtschaft – Wirtschaft in die Schule“ gründet in einer Kooperation der Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen (IHK), dem nordrhein-westfälischen Schulministerium, der Bertelsmann-Stiftung sowie Unternehmen aus der Region. Das Projekt „PRAWIS“ will einen „fachwissenschaftlich fundierten“ Wirtschaftsunterricht im Bereich der gymnasialen Oberstufe etablieren. Hierbei sollen die Schüler dazu befähigt werden, sich weitgehend selbstständig mit ökonomischen Fragestellungen zu beschäftigen. Daher werden Kombinationsformen aus Theorie und Praxis integriert. Als Sponsoren treten Unternehmen der Region Münster, wie z. B. die Westfälische Provinzial Versicherung, die Beumer Maschinenfabrik GmbH & Co. KG, Beckum und die AWU Präzisionswellen GmbH & Co. KG auf.

*SchuB*²²

Das Projekt Schule und Beruf (SchuB) wurde von der Handwerkskammer Konstanz und der Schub-Media initiiert. Gefördert wird die Initiative vom Wirtschaftsministerium Baden Württemberg. Im Mittelpunkt steht ein Internet-Portal, das Schüler über die Berufs- und Arbeitswelt informiert. Das Portal soll vor allem erste berufliche Orientierungen ermöglichen. Dazu werden unterrichtliche Arbeitsmaterialien zur Verfügung gestellt.

*Schul/Bank (Bundesverband der Deutschen Banken)*²³

Der Bundesverband der deutschen Banken - die Dachorganisation der privaten Banken in Deutschland - gibt unter dem Titel Schul/Bank Informationen zum Thema Wirtschaft heraus, die sich insbesondere an Schulen beziehungsweise Lehrer richtet. Das Informationsangebot der Schul/Bank umfasst derzeit einen monatlich erscheinenden Newsletter, Materialien für den Einsatz im Unterricht, Broschüren für Wirtschaftskunde, Informationen für

²¹ Vgl. <http://www.prawis.de/index2.html>

²² Vgl. <http://www.schule-beruf.de/impressum.htm>

²³ Vgl. <http://www.schulbank.de/>

Schulabsolventen sowie eine Informationsbroschüre zum Euro. Darüber hinaus findet jedes Jahr ein bundesweiter Schülerwettbewerb statt.

*Stiftung der Deutschen Wirtschaft*²⁴

Die Stiftung der Deutschen Wirtschaft bezeichnet sich als arbeitgebernah. Sie greift die bildungspolitischen Anliegen der Wirtschaft auf, indem sie Grundlagen unternehmerischen Denkens und Handelns vermitteln will. Im Projekt SCHULEWIRTSCHAFT initiiert die Stiftung verschiedene Kooperationen zwischen Schulen, Unternehmen und Wirtschaftsverbänden, um einen praxisnahen Wirtschaftsunterricht zu ermöglichen. Im Rahmen des Projektes tritt die Stiftung auch als Herausgeber von Publikationen auf.

*Landesarbeitsgemeinschaften Schule Wirtschaft NRW*²⁵

Der Studienkreis Schule/Wirtschaft Nordrhein-Westfalen wurde bereits Anfang der 60er Jahre gegründet. Initiatoren sind Pädagogen aus NRW und Vertreter aus der Wirtschaft. Der Studienkreis versteht sich als Koordinationsstelle der Arbeitskreise Schule/Wirtschaft in NRW. Er vertritt die Anliegen der Arbeitskreise bei Bildungs- und Kultusbehörden und stellt zahlreiche Publikationen zum Thema Wirtschaft zur Verfügung.

*Trägerverein des Ruhrforschungszentrums e.V.*²⁶

Das Ruhrforschungszentrum Düsseldorf (RFZ) wird von der nordrhein-westfälischen Wirtschaft getragen. Es werden soziale und ökonomische Fragestellungen der modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft in den Blick genommen. Das Ruhrforschungszentrum bietet praxisorientierte Handreichungen (z. B. Unterrichtsmaterialien-Sammlungen, computergestützte Planspiele) für Schule und Hochschule gleichermaßen an. Projektbezogene Kooperationspartner sind zum Beispiel der Studienkreis Schule/Wirtschaft Nordrhein-Westfalen, die Bundesarbeitsgemeinschaft Schule/Wirtschaft und das Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

*Wigy Club e.V.*²⁷

²⁴ Vgl. <http://www.sdw.org/SDW/SDWCMS.nsf/framesets/Start>

²⁵ Vgl. <http://www.bildungswerk-nrw.de/sw.html>

²⁶ Vgl. <http://www.bildungswerk-nrw.de/rfz.html>

²⁷ Vgl. <http://www.wigy.de/>

In der Initiative Wirtschaft & Gymnasium (WiGy e. V.) engagieren sich über 400 Schulen und Unternehmen. Ziel ist nach eigenen Angaben die Verankerung der ökonomischen Bildung als integraler Bestandteil im allgemein bildenden Schulwesen und die Stärkung des Bewusstseins für wirtschaftliche Gesamtzusammenhänge in der Öffentlichkeit. Förderer sind u. a. der Arbeitgeberverband Oldenburg, die EWE Aktiengesellschaft, die Initiative n-21, die Landesarbeitsgemeinschaft Schule-Wirtschaft Hessen, die Oldenburgische Industrie- und Handelskammer und die Oldenburgische Landesbank. Der Verein unterstützt beispielsweise die internetbasierten Qualifizierungsmaßnahmen der "Ökonomische Bildung online".

In Zusammenarbeit mit dem Handelsblatt werden didaktisch aufbereitete Artikel zu den Themenbereichen Wirtschaftsordnung, private Haushalte, Unternehmen, Staat, internationale Wirtschaftsbeziehungen, wirtschaftswissenschaftliche Grundsachverhalte und Arbeit und Beruf angeboten.

2.1.2. Arbeitnehmernahe Initiativen

*IG Metall*²⁸

Die IG Metall (IGM) ist die zweitgrößte Einzelgewerkschaft in Deutschland. Sie vertritt die Arbeitnehmer in der Metallindustrie, im Metallhandwerk, der Textil- und Bekleidungsindustrie sowie der Holz- und Kunststoffindustrie. Die IG Metall ist Mitglied im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).

*Perspektive plus und ver.di@school (Verdi Jugend)*²⁹

Ver.di Jugend gehört zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (Ver.di) und bedient die Zielgruppe der jüngeren Angestellten im Dienstleistungsbereich. Die Jugendorganisation ver.di jugend gestaltet zwei Projekte, die Materialien im Bereich der ökonomischen Bildung zur Verfügung stellen. Zum Einen handelt es sich um die Perspektive Plus, die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Europäischen Union (Europäischer Sozialfonds) gefördert wird und zum Anderen um die Initiative ver.di@school. Letztere will Auszubildenden insbesondere in Klein- und Mittelbetrieben Gewerkschaftsstrukturen und relevante Fragestellungen näher bringen sowie beispielsweise das Thema Gewerkschaften im Berufsschulunterricht stärker verankern.³⁰

Perspektive Plus wird durch das Programm Schule, Wirtschaft, Arbeitsleben des BMBF finanziell unterstützt. In diesem Rahmen werden Konzepte für Berufsorientierungsunterricht

²⁸ Vgl. <http://www.igmetall.de>

²⁹ Vgl. <http://www.verdi-jugend.de/aktionen/09.htm>

³⁰ Vgl. <http://www.verdi-jugend.de/aktionen/09.htm>

entwickelt. Jugendlichen soll damit die Berufsauswahl und Bewerbung erleichtert werden. Daneben publiziert ver.di die Broschüre „a b c für den Berufsstart“.

Workshop Zukunft/ Berufsweltorientierung³¹

Workshop Zukunft wurde durch den Deutschen Gewerkschaftsbund initiiert und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Programms Schule, Wirtschaft Arbeitsleben gefördert. Schüler werden im Bereich des allgemeinbildenden Unterrichts auf Wandel und Veränderung in der Arbeitswelt vorbereitet. Einen Schwerpunkt stellt das Internet-Unterrichts-Programm mit sozial- und wirtschaftspolitischen Themenschwerpunkten dar. Die Website wird weitergehend zum e-learning-Portal „Berufsweltorientierung“ weiterentwickelt.

2.1.3. Gemeinsame Initiativen

Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Bildung e.V.³² und Hans Böckler Stiftung³³

Die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Bildung e.V. ist eine gemeinnützige Vereinigung, die sich aus Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern, Pädagogen und Publizisten zusammensetzt. Ihr Ziel besteht in der Förderung der sozioökonomischen Bildung. Dies geschieht in erster Linie durch einschlägige Publikationstätigkeit. Der geschäftsführende Vorstand besteht jeweils aus einem Angehörigen beider Tarifparteien.

Die Hans Böckler Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Stiftung finanziert sich aus Zuwendungen der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten, die ihre Aufsichtsratsantien an die Stiftung abführen, Spenden von Personen und Institutionen und öffentlichen Mitteln.

Beide Institutionen haben gemeinsam das Unterrichtsheft Arbeitswelt erstellt.

Netzwerk Zukunft. Schule und Wirtschaft für Brandenburg³⁴

Das Netzwerk Zukunft wurde vom Brandenburgischen Landtag initiiert und besteht aus dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport sowie Kammern, Wirtschaftsverbänden,

³¹ Vgl. <http://lernwelt.workshop-zukunft.de/>

³² Vgl. <http://www.ag-wiso.de/>

³³ Vgl. <http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/SID-3D0AB75D-708641D6/hbs/hs.xsl/31.html>

³⁴ Vgl. <http://www.netzwerkzukunft.de/oindex2.htm>

Gewerkschaften und Hochschuleinrichtungen. Das Ziel der Initiativen des Netzwerks besteht in der verbesserten Ausbildungsfähigkeit und Förderung der Berufsorientierung.

2.1.4. Andere Initiativen

*Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände*³⁵

Die AG SBV ist ein Zusammenschluss der in der Schuldnerberatung tätigen Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege auf Bundesebene sowie der Verbraucherzentrale Bundesverband und der Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung. In dem Projekt sind Verbände der Arbeitgeberseite wie beispielsweise der Bankenverband beteiligt.

*Girl's day*³⁶

Der Mädchen-Zukunftstag ist eine Initiative, die aus öffentlichen Mitteln finanziert und vom Ministerium für Bildung und Forschung, vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie der Europäischen Union (Europäischer Sozialfonds) gefördert wird. Der Girl's day macht es sich zum Ziel, Mädchen und Frauen für technische, naturwissenschaftliche und handwerkliche Berufe zu gewinnen beziehungsweise ihnen einen ersten Einblick in damit verbundene Arbeitsbereiche zu ermöglichen. An dem Projekt nehmen der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Initiative D21, die Bundesanstalt für Arbeit, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) teil. Es können einschlägige Schulmaterialien bestellt oder im download-Bereich herunter geladen werden.

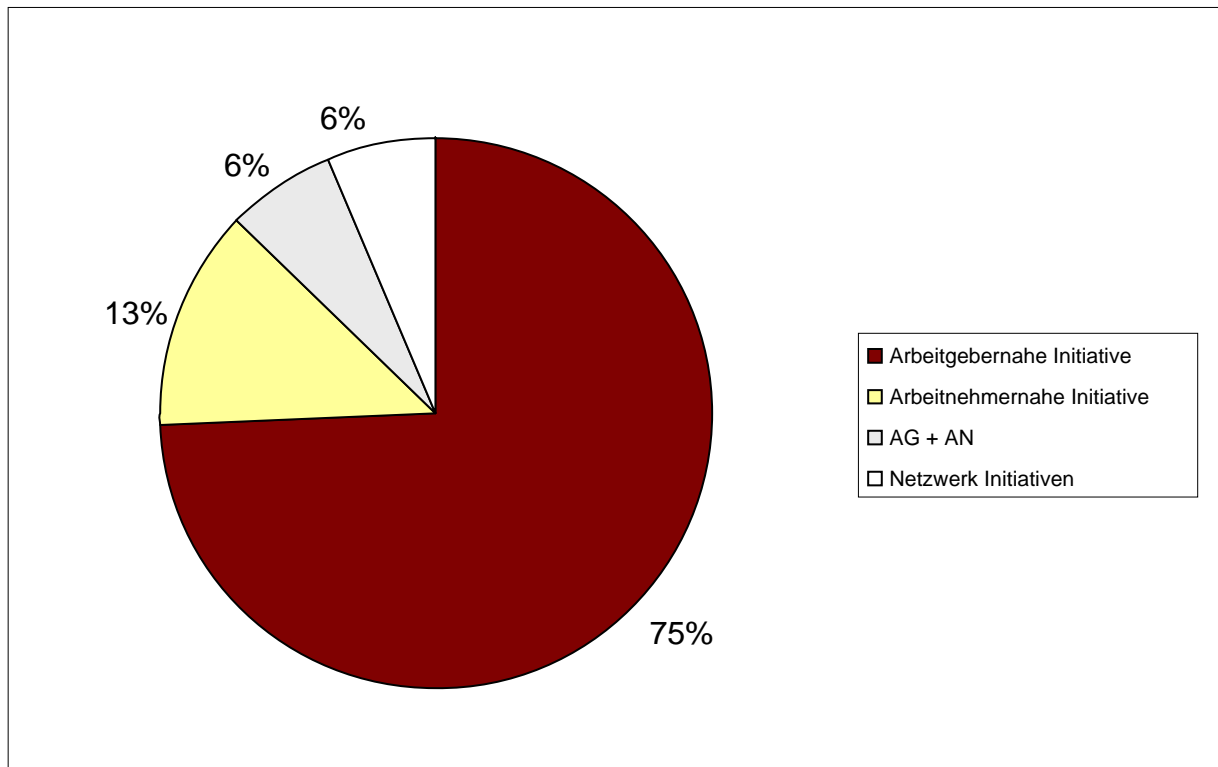
Insgesamt sind an einem Großteil der Projekte arbeitgebernahe Institutionen beteiligt. In den vorliegenden Materialien ist dies bei 75% der Initiativen der Fall. Bei lediglich 13% der Initiativen sind Beteiligungsformen arbeitnehmernaher Institutionen erkennbar. Das Engagement wird überwiegend mit punktuellen Defiziten begründet. Verdi@school weist beispielsweise auf die Notwendigkeit gewerkschaftsbezogener Bildungsinhalte hin, da die klassischen Mitbestimmungsstrukturen in Klein- und Mittelständischen Betrieben zusehends wegbrechen würden³⁷. Ausgesprochen selten sind gemeinsame Engagements arbeitnehmer- und arbeitgebernaher Initiativen (6%), auch Netzwerk-Initiativen sind nur in geringem Maße an Bereitstellung ökonomisch-politischer Unterrichtsmaterialien beteiligt (6%).

³⁵ Vgl. <http://www.unterrichtshilfe-finanzkompetenz.de/>

³⁶ Vgl. http://www.girls-day.de/girls_day/ueber_den_girls_day/girls_day_maedchen_zukunftstag

³⁷ Vgl. <http://www.verdi-jugend.de/aktionen/09.htm>

Abb. 4: Zuordnung der Initiativen und Institutionen

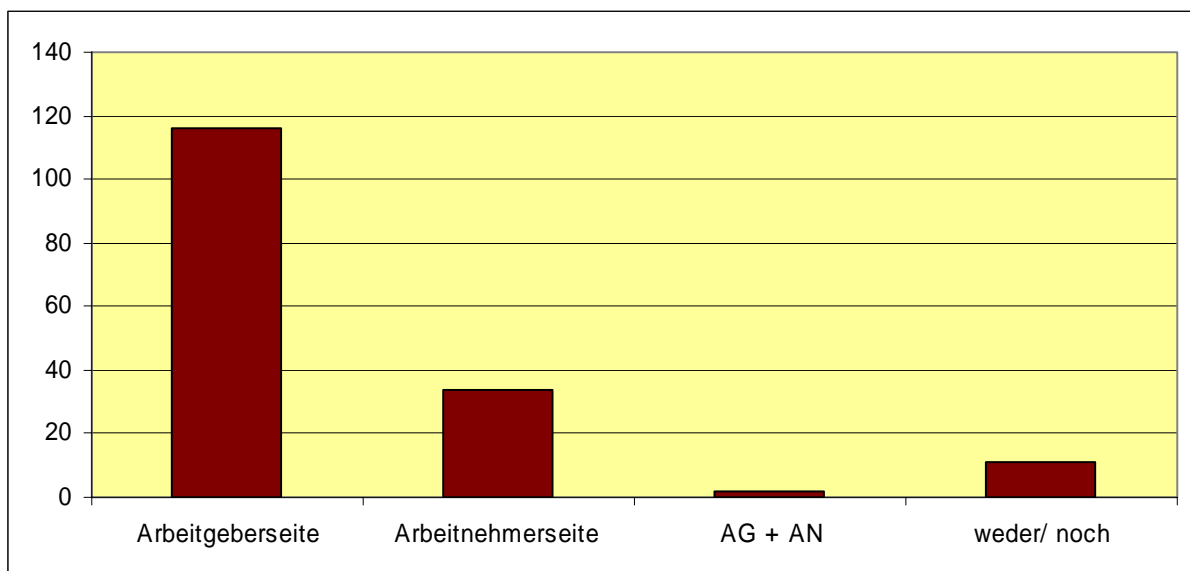


- Drei von vier Initiativen und Institutionen sind der Arbeitgeberseite zuzuordnen. Kooperationsinitiativen arbeitnehmer- und arbeitgebernaher Institutionen gelingen ebenso wie Netzwerk-Initiativen kaum. Hier liegt noch ungenutztes Potenzial.

2.2. Wie verteilen sich die Materialien auf die Sozialpartner?

Die Zusammenschau umfasst insgesamt 163 Unterrichtsmaterialien (z.B. Broschüren, Hefte, downloads, DVD's/CD's, Datenbanken³⁸ etc.). Ein Großteil wird von arbeitgebernahen Initiativen herausgegeben, auf sie entfallen insgesamt 116 der 163 Materialien. Arbeitnehmernahe Initiativen gestalteten 34 Bildungsmittel. Auf Netzwerk-Initiativen gehen 11 Angebote zurück. In nur zwei Fällen gelingt eine gemeinsame Erstellung von Bildungsmittel arbeitnehmer- und arbeitgebernaher Initiativen.

Abb. 5: Anzahl der Materialien



- Arbeitgebernahe Anbieter und Initiativen erstellen den größten Teil der einschlägigen Bildungsmittel.

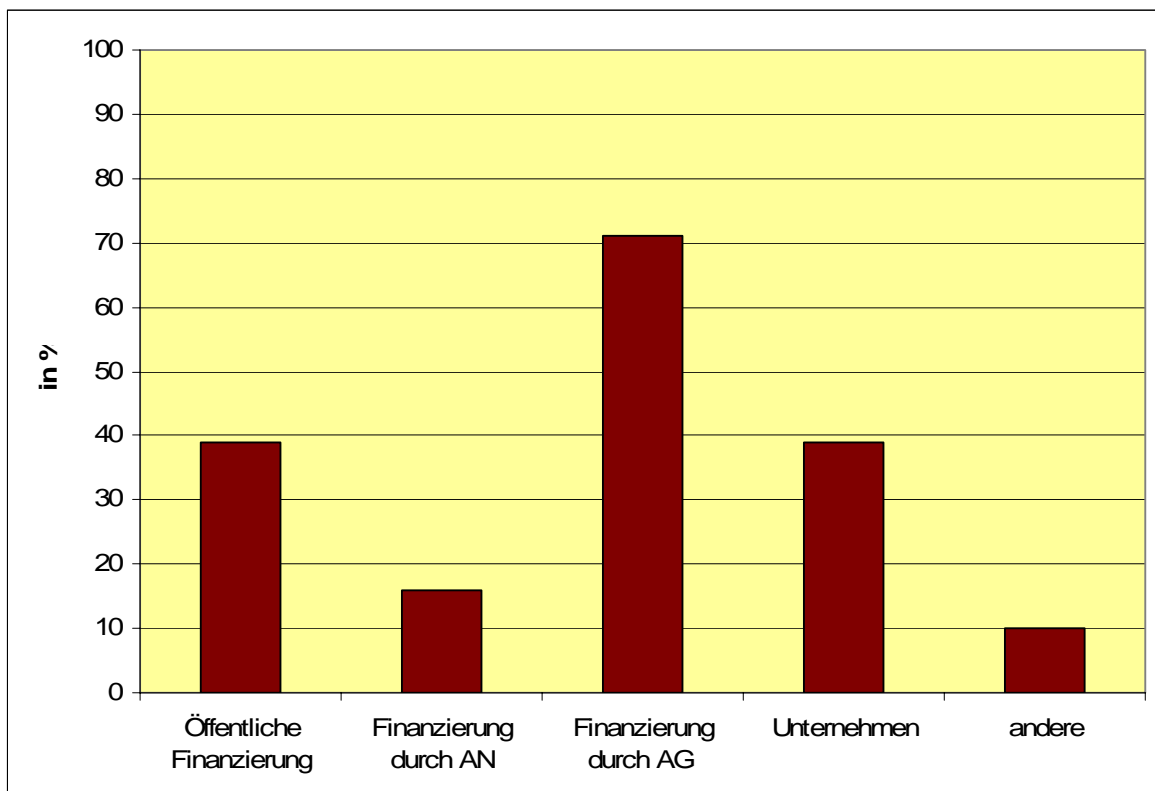
³⁸ Datenbanken werden nicht mit der Anzahl der einzelnen Artikel, Informationstexte etc. berücksichtigt, sondern nur als eine Datenbank. So werden Verzerrungen durch die hohe Anzahl der Materialien in Datenbanken vermieden.

2.3. Wie werden die Unterrichtsangebote finanziert?

An der Finanzierung der Initiativen sind verschiedene Akteure beteiligt, häufig bestehen Mischfinanzierungen:

- *Öffentliche Finanzierung:* Die finanzielle Ausstattung der Projekte gelingt durch öffentliche Institutionen. Als wichtige Förderer treten beispielsweise die Ministerien für Wirtschaft und Arbeit und der Europäische Sozialfonds in Erscheinung.
- *Finanzierung durch eine Arbeitgebernahe Institution:* An der Finanzierung ist eine gemäß den Kriterien im Kapitel „Zuordnung der Initiativen und Institutionen“ als arbeitgebernahe definierte Institution beteiligt.
- *Finanzierung durch eine Arbeitnehmernahe Institution:* An der Finanzierung ist eine Institution beteiligt, die entsprechend den Kriterien im Kapitel „Zuordnung der Initiativen und Institutionen“ als arbeitnehmernahe charakterisiert werden kann.
- *Unternehmen:* Private Unternehmungen beteiligen sich an der finanziellen Ausstattung der Initiative.
- *Andere:* Es handelt sich um Organisationen, die nicht eindeutig zugeordnet werden können, beispielsweise Stiftungen.

Abb. 6: Finanzierung der Initiativen

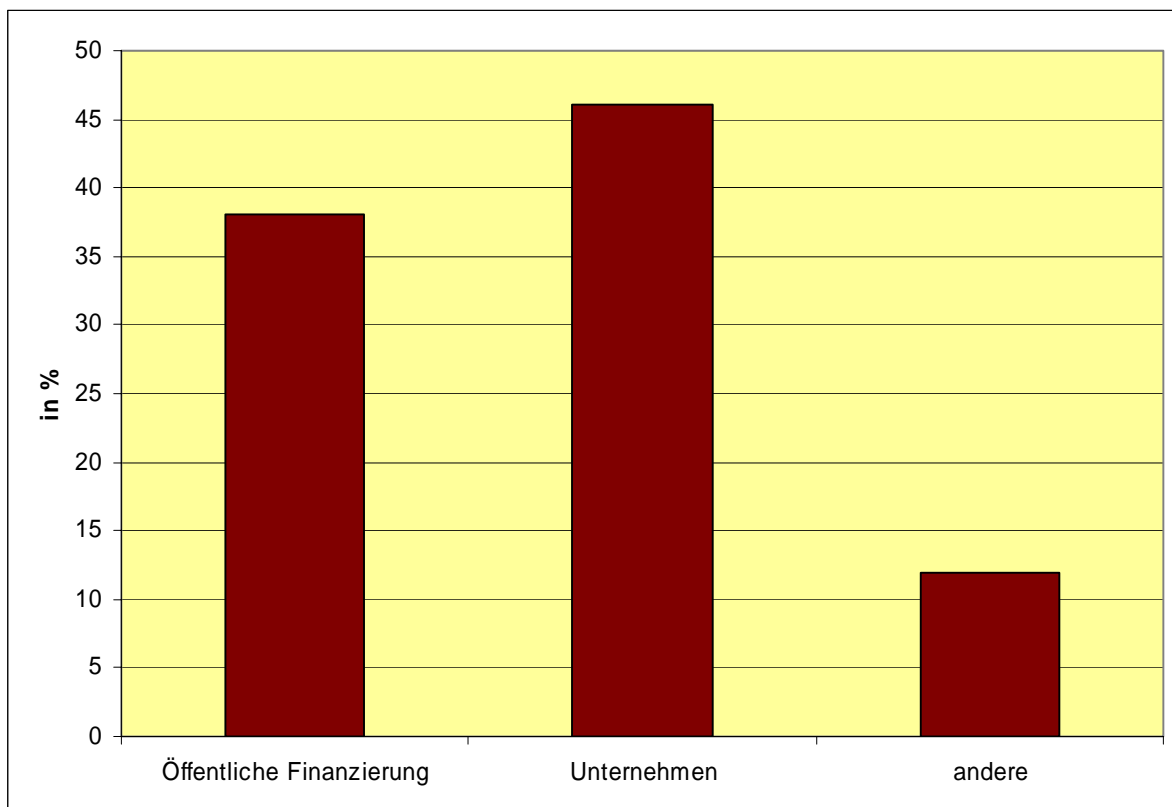


Zumeist und überwiegend werden die Initiativen (71%) von arbeitgebernahen Institutionen (mit-)finanziert. Eine weitere wichtige Finanzierungsquelle stellen öffentliche Mittel dar (39%), die in der Regel an Eigenmittel der Initiative bzw. deren Institutionen gebunden sind. Ebenso viele Initiativen werden von Unternehmen finanziell unterstützt. Von Arbeitnehmerseite werden lediglich 16% der Initiativen finanziell unterstützt.

Eine separate Betrachtung der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite zeigt Unterschiede bei der Finanzierung: Lediglich 25% der Initiativen der Arbeitnehmerseite werden aus öffentlichen Mitteln gefördert. Andere Förderer treten überwiegend nicht auf.

An den arbeitgebernahen Initiativen sind häufig weitere Geldgeber beteiligt. 38% der Initiativen werden durch öffentliche Mittel - 46% durch private Mittel der Wirtschaft unterstützt. Andere Finanzierungsträger (insbesondere Stiftungen) sind in 12% der Initiativen beteiligt.

Abb. 7: Finanzierung der Initiativen (arbeitgebernah)



- Mischfinanzierungen unter Beteiligung von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen werden vor allem durch die Arbeitgeberseite genutzt. Arbeitnehmernahe Initiativen bedienen sich dieser Finanzierungsform selten.

2.4. Welche Adressaten werden angesprochen?

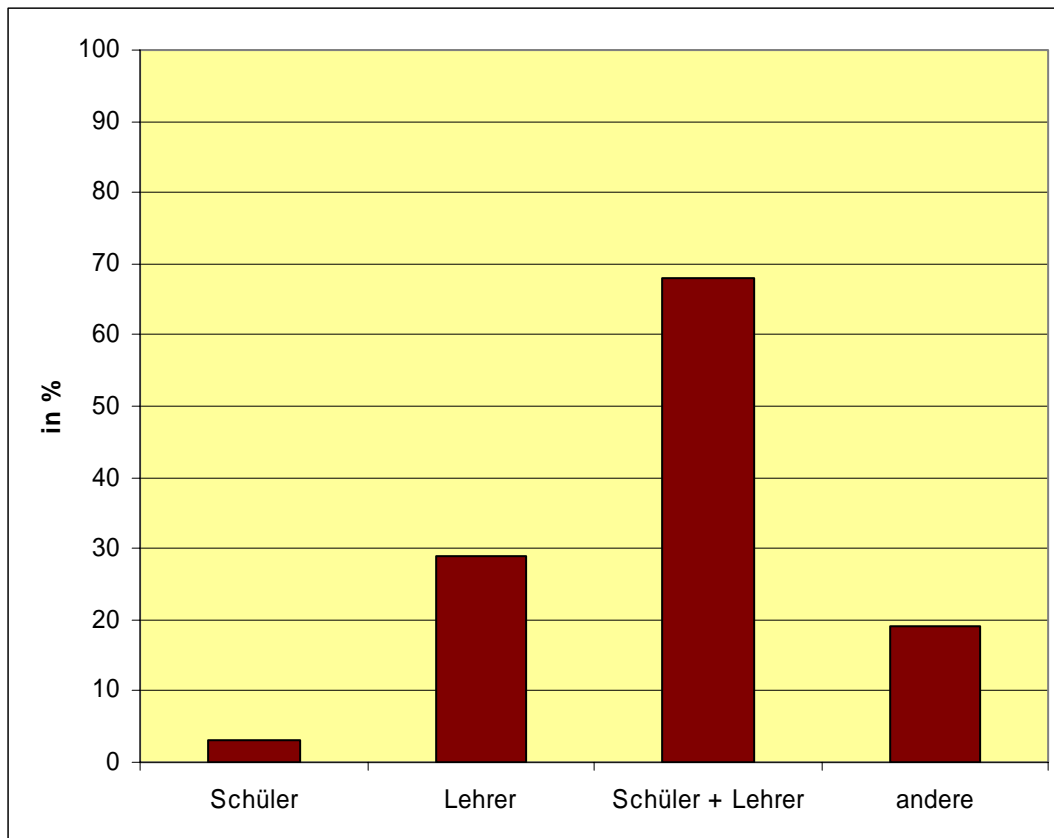
2.4.1. Personengruppe

In den von den Initiativen und Institutionen zur Verfügung gestellten Materialien werden verschiedene Zielgruppen angesprochen:

- *Lehrer*: An Lehrer gerichtete Materialien sind dadurch gekennzeichnet, dass sie unterrichtsnah konzipiert, aber von Schülern ohne Unterstützung er- und bearbeitet werden können. Beispiele für solche Lehrmaterialien sind Lehrerhandreichungen und Planungsvorgaben für Unterrichtseinheiten.
- *Schüler*: Die Materialien können von Schülern überwiegend selbsttätig erarbeitet werden. Dies ist beispielsweise häufig bei Materialien zur Berufsorientierung der Fall.
- *Schüler und Lehrer*: Es handelt sich um Bildungsmittel, die von Schülern eigenständig oder gemeinsam mit Lehrenden unterrichtlich genutzt werden können. Zu dieser Gruppe gehören auch Materialien, die abschnittsbezogen aufgeteilt werden (z.B. Schülerbroschüre und zugehörige Lehrerhandreichung).
- *andere*: Die Gruppe erfasst über die Zielgruppen „Lehrer“, „Schüler“, „Lehrer und Schüler“ hinausgehende Adressaten. Beispiele sind Betriebe und Ausbilder, Eltern oder Mitglieder von einschlägigen (Planungs-)Kommissionen.

Zumeist richten sich die Materialien an Lehrer und Schüler gleichermaßen (68%). Weiterhin werden Unterrichtsmaterialien häufig ausschließlich für Lehrer angelegt (29%). Viele Initiativen bieten in diesem Bereich komplette Unterrichtseinheiten an. 19% weiten ihren Bezugsrahmen aus, beispielsweise auf betriebliche Ebenen. Nur 3% der Unterrichtsmaterialien wenden sich in einem engen Sinne ausschließlich an Schüler.

Abb. 8: Zielgruppen



2.4.2. Schulstufen und Schularten

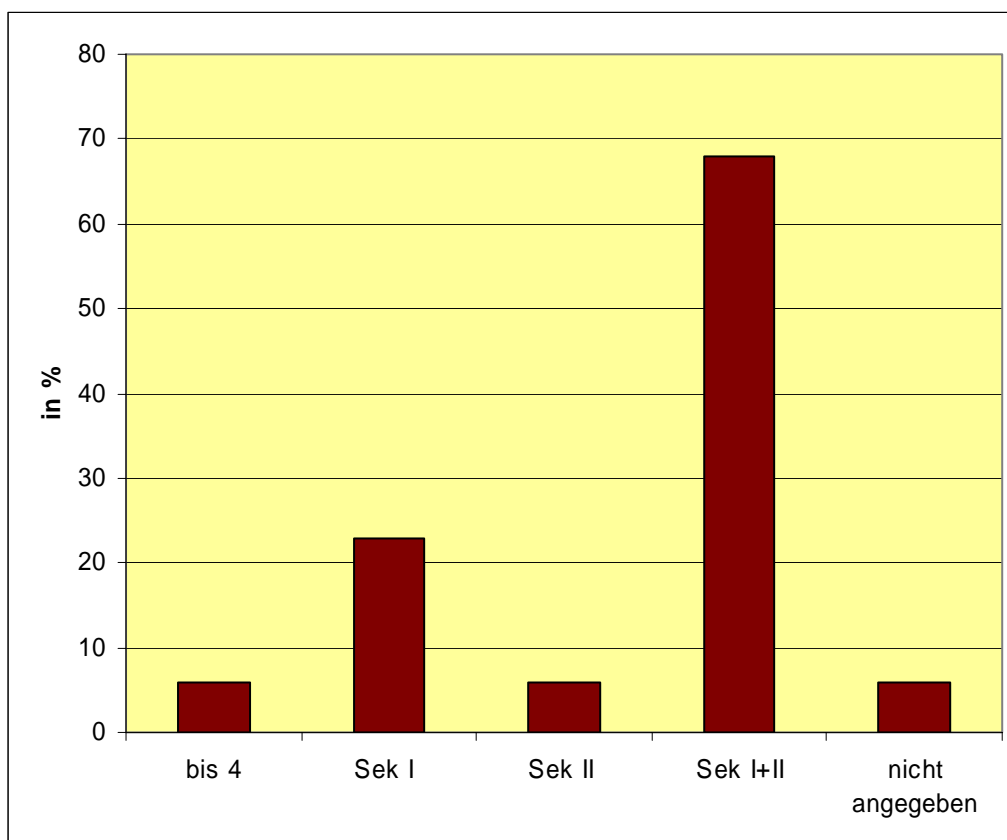
Die zur Verfügung gestellten Unterrichtsmaterialien sprechen unterschiedliche Schulstufen an. Grundsätzlich erfolgt eine Differenzierung:

- *bis vierte Klasse*: Diese Gruppe umfasst die Jahrgangsstufen bis zur vierten Klasse. Dies entspricht in den meisten Bundesländern der Schulform Grundschule.
- *Sekundarstufe I*: Die Sekundarstufe I umfasst die Hauptschule, Realschule, Gesamtschule und das Gymnasium. Letztere Schulformen werden bis einschließlich der zehnten Klasse erfasst.
- *Sekundarstufe II*: Die Sekundarstufe II besteht aus der gymnasialen Oberstufe und der berufsbildenden Schulbereiche ab der 11. Jahrgangsstufe.
- *Sekundarstufen I und II*: Hierunter fallen die Initiativen, die sowohl die Sekundarstufe I als auch die Sekundarstufe II adressieren.
- *nicht angegeben*: Den Unterlagen ist nicht eindeutig zu entnehmen, welche Schulstufen der Zielgruppe angehören.

Die Initiativen adressieren zumeist Sekundarstufe I und II gleichermaßen (68%). Die Angebote sind entsprechend breit angelegt und erreichen so eine heterogene Leserschaft. Dies geht beispielsweise auf den hohen Anteil der Materialien zur Berufswahl(-orientierung) zurück (68%), da diese sich in der Regel an den entsprechenden Abschlussklassen orientieren. Bezüglich schulstufenbezogener Fokussierung wird häufig die Sekundarstufe I angesprochen (23%).

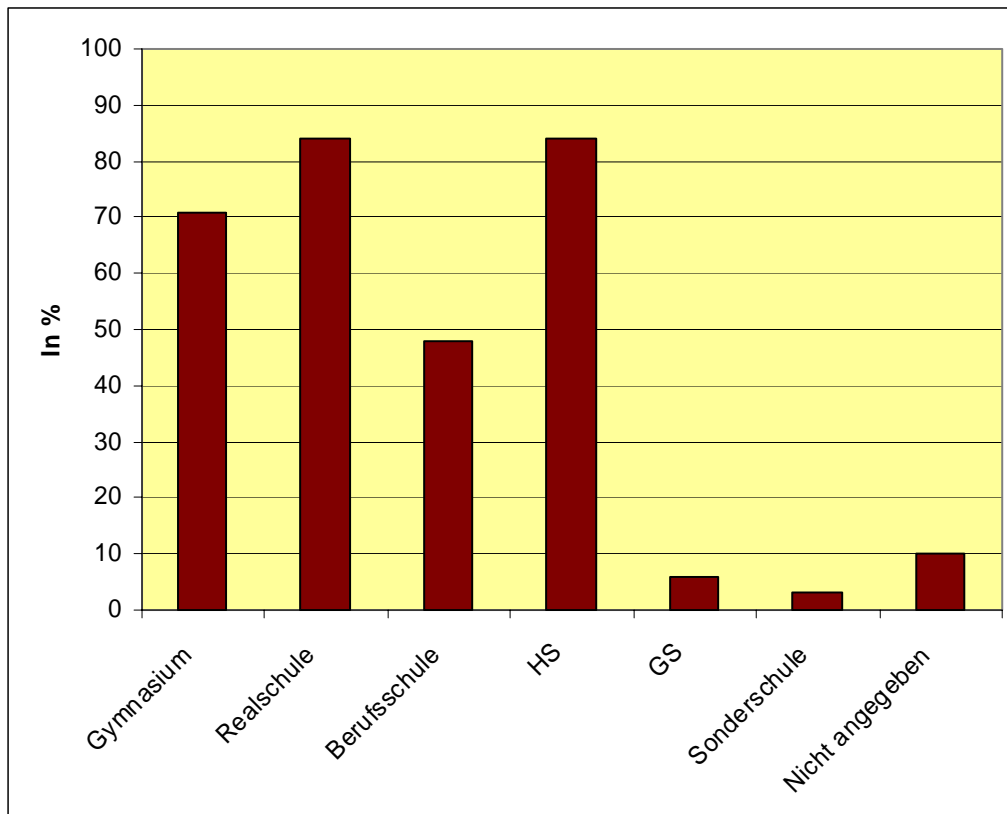
Nur wenige der Materialien richten sich ausschließlich an die Schüler der Sekundarstufe II (6%). Ähnlich selten sind Initiativen der Sozialpartner für die Grundschule (4%).

Abb. 9: Schulstufen



Bezüglich der schulartenbezogenen Verwendung werden die Bildungsmittel überwiegend für Realschüler und Hauptschüler (84%) und ähnlich häufig für Schüler von Gymnasien verfasst (71%). 48% der Angebote zielen auf Formen der berufsbildenden Schulen. Auf die Grundschule entfallen 6% und auf die Sonderschule 10% der Bildungsangebote der Sozialpartner. Bei 3% der Initiativen gab es keine Angaben zu Schularten.³⁹

Abb. 10: Schularten



- Es bestehen sowohl spezifische als auch offen angelegte Materialien, die ein breites adressatenbezogenes Spektrum abdecken. Die Bildungsmittel könnten aber noch stärker zentriert werden, um sie an den jeweiligen Lernbedingungen orientieren zu können.

³⁹ Dies wird beispielsweise bei der Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT damit begründet, dass es sich um Materialien handelt, die schulformunabhängige themenspezifische Ergänzungen darstellen (Telefongespräch Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT am 04.08.2005).

2.5. Welche Medien werden angeboten?

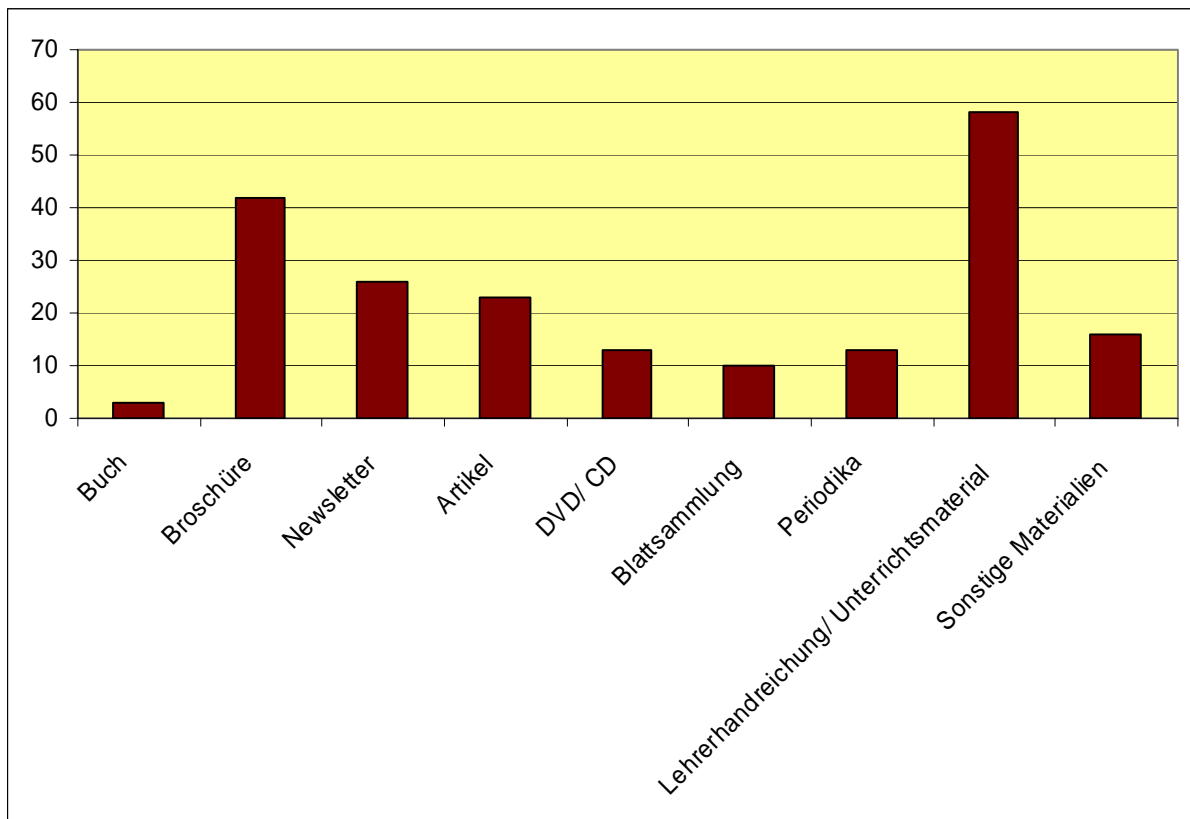
Die Initiativen beziehungsweise Institutionen bedienen sich folgender Medien:

- *Buch*: Die Materialien liegen in einem gebundenen Druckwerk vor. In der Regel werden solche Unterrichtsmaterialien über einen Verlag veröffentlicht.
- *Broschüre*: Es handelt sich um nicht periodisch erscheinende Publikation in einem Papier- oder Kartonumschlag.
- *Periodika*: Die Publikationen erscheinen in regelmäßigen Zeitabständen. Es wird über einen beliebig langen Zeitraum publiziert. Beispiele für Periodika sind Zeitschriften, Zeitungen und zeitschriftenartige Reihen.
- *Artikel*: Unter einem Artikel wird ein Beitrag verstanden, der beispielsweise als Stellungnahme verfasst sein kann. Im Folgenden werden auch Informationstexte dieser Form zugeordnet.
- *CD/ DVD*: Die Materialien werden auf einer Compact Disc oder einer Digital Versatile Disc bzw. Digital Video Disc zur Verfügung gestellt.
- *Blattsammlungen*: Die Unterrichtsmaterialien sind nicht gebunden, sondern werden in Ordnern oft als ergänzungsvARIABLES Paket angelegt.
- *Unterrichtsmaterial/Lehrerhandreichung*: Durch Unterrichtsmaterial werden Lehrenden Phasen der Unterrichtsplanung und Unterrichtsvorbereitung weitgehend abgenommen. Die Materialien enthalten zum Beispiel Arbeitsblätter, Verlaufsplanungen, Musterlösungen etc. Lehrerhandreichungen unterscheiden sich vom Unterrichtsmaterial dadurch, dass didaktische Hintergrundinformationen und lediglich Anregungen für den Unterricht formuliert werden. Da die Begrifflichkeiten in der Praxis häufig verschwimmen, werden diese Formen zusammengefasst.
- *Newsletter*: Es handelt sich um Informationen zu einem bestimmten Thema, die per E-Mail an einen Abonentenkreis gesendet werden.
- *Sonstige Materialien*: Diese Medienformen lassen sich nicht eindeutig zuordnen. Denkbar sind beispielsweise Lernzirkel, Kalender oder fachwissenschaftliche Beiträge.

Die Bildungsmittel werden von den Initiativen zu einem großen Teil als Unterrichtsmaterial/Lehrerhandreichung zur Verfügung gestellt (58%). Häufig werden Formen von Broschüren eingesetzt. Solche unregelmäßig erscheinenden Hefte werden von 42% der Initiativen publiziert. Des Weiteren folgen Artikel und Newsletter (26 %). Vereinzelt werden DVD's und CD's (13%) genutzt, um die Bildungsangebote beispielsweise mit Formen neuer Medien zu verknüpfen.

Periodika werden von 13% der Initiativen herausgegeben. 10% der Initiativen produzieren ergänzungsvariable Lose-Blattsammlungen, die von den Schülern selbsttätig oder durch ergänzende Unterlagen der Initiative erweitert werden können. Relativ wenig verbreitet sind Buchformen (3%).

Abb. 11: Medien



- Es dominieren weithin Lehrerhandreichungen/Unterrichtsmaterial und unterschiedliche Broschüreformen. Noch fehlt der Einsatz schriftlich fundierter Auseinandersetzungen (Bücher), die Integration neuer Medien und ergänzungsvariabler Medienformen (Blattsammlungen).

2.6. Welche thematischen Schwerpunkte dominieren?

Die Anbieter und Initiativen greifen in den zur Verfügung gestellten Materialien vielfältige Themen auf, die im Folgenden zusammengefasst und geordnet werden:

- *Kooperation Schule/ Wirtschaft*: Beispiele für Kooperationsbeziehungen sind schulische Aktivitäten im Rahmen von Betriebserkundungen, Vorstellungsgesprächen oder Planspielen, die in Zusammenarbeit mit Unternehmen durchgeführt werden und Wirtschaft im Allgemeinen erfahrbar machen.⁴⁰
- *Berufswahl/ Studienorientierung*: Die Materialien zur Berufswahl- und Studienorientierung fokussieren verschiedene Aspekte: Erarbeitung von Persönlichkeitsprofilen⁴¹, berufswahl- bzw. studienwahlunterstützende Maßnahmen⁴² und Tipps für die Bewerbung.⁴³
- *Sozialpartnerschaft*: Die Bildungsmittel thematisieren die Zusammenarbeit beziehungsweise das strukturelle Verhältnis zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Hierzu gehören Schwerpunkte wie beispielsweise das Tarifvertragssystem, tarifpolitische Auseinandersetzungen, Gewerkschaften, betriebliche Mitbestimmung usw.⁴⁴
- *Europäische Union*: Zu dieser Kategorie zählen Materialien, die sich mit der historischen Entwicklung der EU, dem Vertragwerk, der wirtschaftlichen Integration in die EU, der Osterweiterung oder ähnlichen Themenstellungen beschäftigen.⁴⁵
- *Arbeitswelt*: Hier werden Schwerpunktbereiche zusammengefasst, die Anforderungen aus der Berufswelt (EDV, Zusatzqualifikationen, Weiterbildung), neue Arbeitszeitmodelle, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit etc. thematisieren.⁴⁶
- *Selbstständigkeit/ Existenzgründung*: Im Mittelpunkt stehen Existenzgründung bzw. die Vorbereitung der Schüler auf unternehmerisches Handeln. Es werden Schwerpunkte der Existenzgründung oder/ und Unternehmensalltag sowie Schülerfirmen in den Blick genommen.⁴⁷

⁴⁰ Vgl. Studienkreis Schule-Wirtschaft Bayern (1998; Hg.)

⁴¹ Vgl. Schulbank (Hg.; 2004), S. 14ff.; Trägerverein Ruhrforschungszentrum (2001; Hg.), Teil A

⁴² Ein Beispiel hierfür sind Materialien, die einzelne Berufe vorstellen. Vgl. hierzu auch die DVD M+E-Berufsinformationen.

⁴³ Vgl. <http://www.schule-wirtschaft-thueringen.de/bwtw/bwtwcms.nsf/index.htm>; Deutscher Gewerkschaftsbund (2000, Hg.), Arbeitsblätter, D6ff.

⁴⁴ Vgl. z.B. Trägerverein des Ruhrforschungszentrums (1998, Hg.); Institut der Deutschen Wirtschaft/Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT (2005; Hg.), S. 1ff.

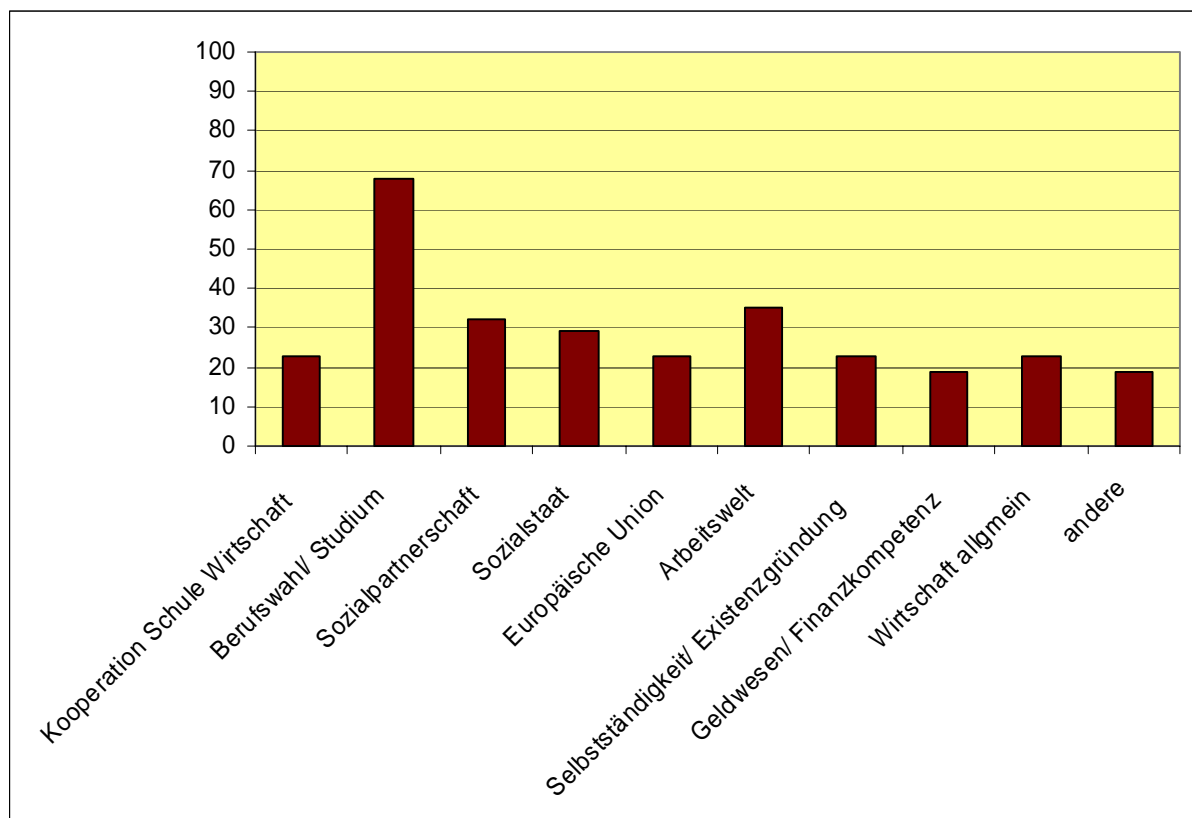
⁴⁵ Vgl. z.B. Deutscher Gewerkschaftsbund (2005, Hg.), S. 5.

⁴⁶ Vgl. z.B. Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT (2003)

⁴⁷ Vgl. <http://gotoschool.de/UserFiles/File/html/idee.php4>

- *Geldwesen/ Finanzkompetenz*: Dieser Themenschwerpunkt reicht von der Einführung des Euro bis zum Umgang mit Geld im Allgemeinen.⁴⁸
- *Wirtschaft allgemein*: Es werden die klassischen Felder der wirtschaftswissenschaftlichen Bezugsdisziplinen aufgegriffen. Hierzu gehören Unternehmen, Haushalte, Konsum, Staat, Wirtschaftsordnung, internationale Wirtschaftsbeziehungen, Außenwirtschaft etc.
- *Sozialstaat*: Sozialversicherung, Sozialhilfe, Altersvorsorge, soziale Marktwirtschaft.⁴⁹
- *andere*: Diese Themenbereiche werden nur ansatzweise oder punktuell von den Sozialpartnern abgedeckt.

Abb. 12: Themen



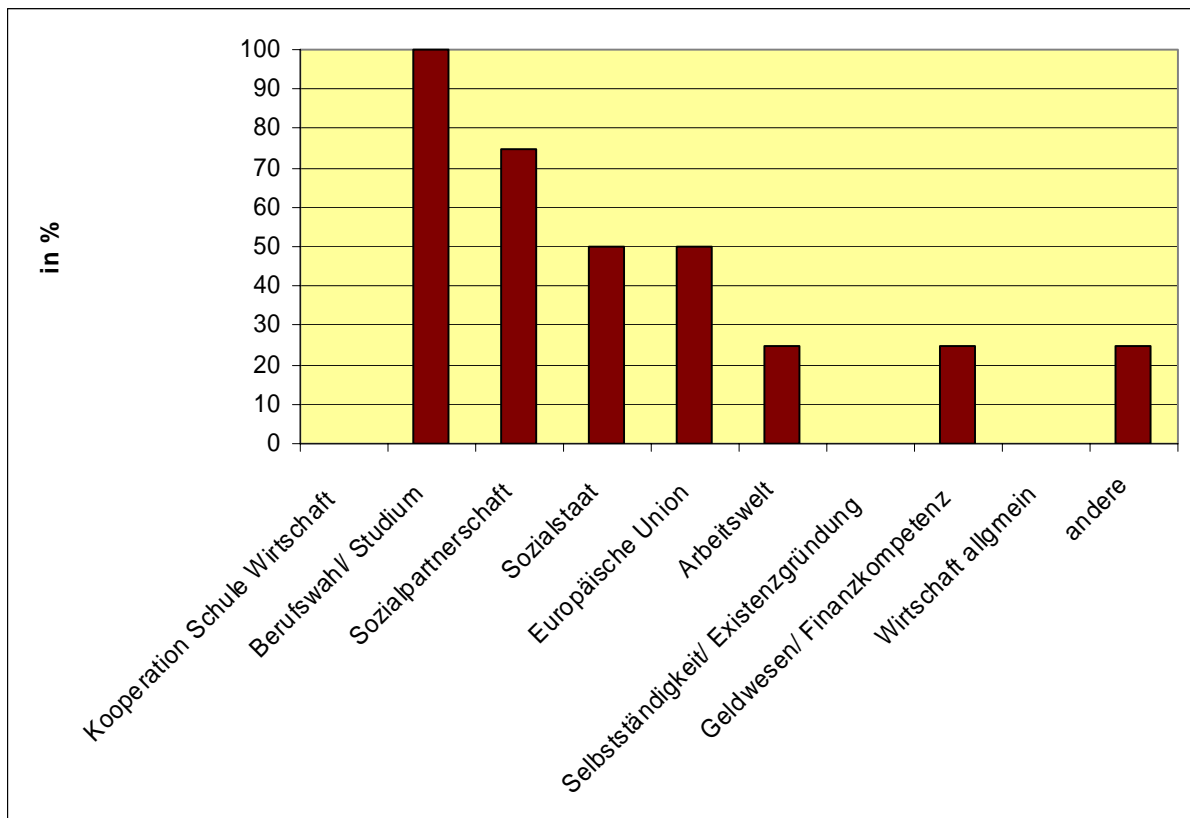
Der Großteil der Initiativen bietet Materialien zum Thema Berufswahl und Berufsorientierung (68%). Häufig werden *Arbeitswelt* (35%) und *Sozialpartnerschaft* (32%) thematisiert. Es folgen *Sozialstaat* (29%), *Kooperation Schule/ Wirtschaft* (23%), *Selbstständigkeit/ Existenzgründung* (23%), *Wirtschaft allgemein* (23%), *Europäische Union* (23%), *Geldwesen/ Finanzkompetenz* (19%) und *andere* (19%).

⁴⁸ Vgl. <http://www.unterrichtshilfe-finanzkompetenz.de>.

⁴⁹ Vgl. Schulbank (2002; Hg.), S. 45ff.

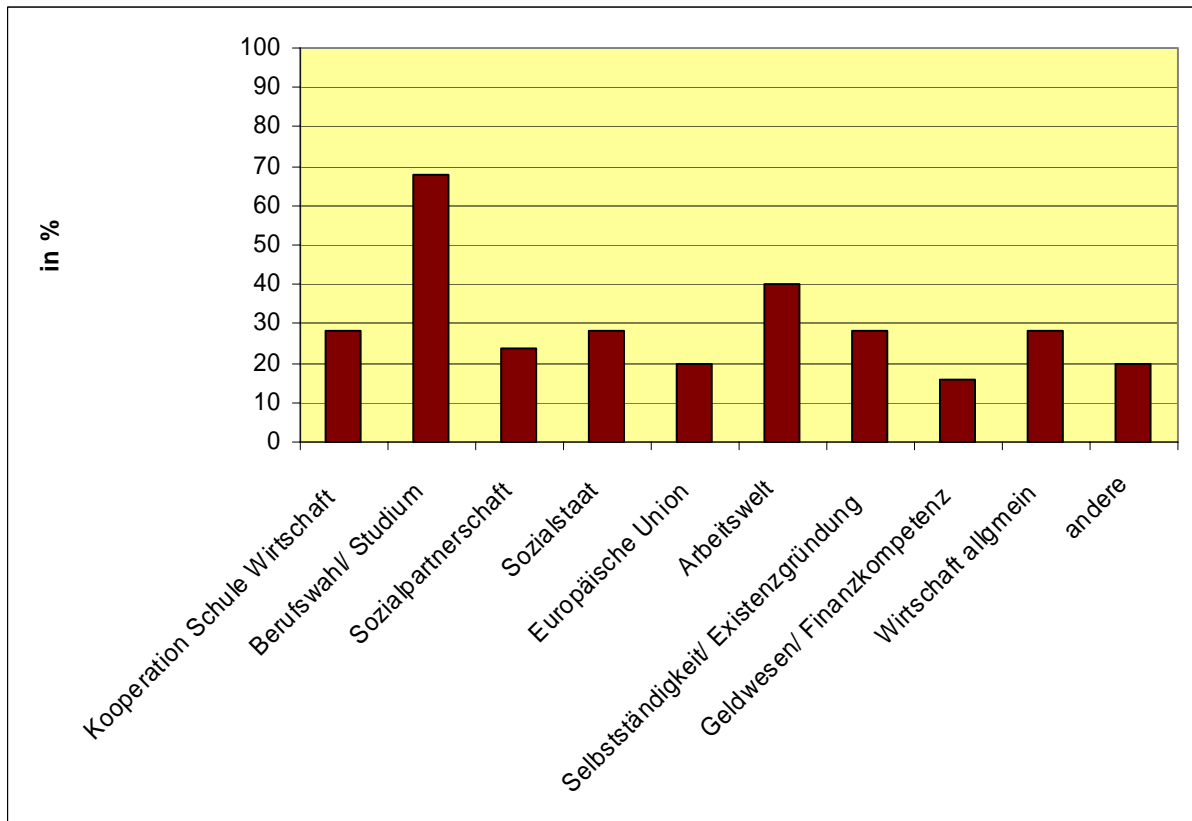
Bei einer ausschließlichen Betrachtung der arbeitnehmernahen Bildungsmittel fällt auf, dass bestimmte Themenschwerpunkte nicht abgedeckt werden. Dabei handelt es sich vor allem um *Kooperation Schule/ Wirtschaft*, *Existenzgründung/ Selbstständigkeit* und *Wirtschaft im Allgemeinen*. Der Aspektrahmen von *Berufswahl* wird auf Arbeitnehmerseite von allen arbeitnehmernahen Initiativen aufgenommen. Elemente der *Sozialpartnerschaft* (75%), *Sozialstaat* (50%) und *Europäische Union* mit (50%) entfalten eine relativ starke Bedeutsamkeit. *Arbeitswelt* (25%), *Geldwesen/ Finanzkompetenz* (25%) und andere (z.B. Globalisierung) stehen zwar nicht im thematischen Mittelpunkt der Angebote, werden jedoch in durchaus in einem gewissen Rahmen thematisiert.

Abb. 13: Themenschwerpunkte (arbeitnehmernahe Initiativen)



Arbeitgebernahe Initiativen stellen – ähnlich wie in den Bildungsangeboten arbeitnehmernaher Initiativen - Materialien zur *Berufswahl* (68%) in den Mittelpunkt der Betrachtung. Andere Themenschwerpunkte werden mehr oder weniger breit aufgenommen. So stellen Themen *Kooperation Schule/ Wirtschaft* 28%, *Sozialpartnerschaft* 27%, *Sozialstaat* 28%, *Europäische Union* 20%, *Arbeitswelt* 40%, *Selbstständigkeit/ Existenzgründung* 28%, *Geldwesen* 16%, *Wirtschaft allgemein* 28% und *andere* 19% dar. Insgesamt wird der Aspektrahmen *Wirtschaft* breiter angelegt und entfaltet.

Abb. 14: Themenschwerpunkte (arbeitgebernahe Initiativen)



- Insgesamt erscheint das inhaltliche Spektrum durchaus breit. Ein Großteil der Initiativen bietet Materialien zum Thema Berufswahl/Studium an.
- Arbeitgebernahe Initiativen decken alle relevanten Themenbereiche ab.
- Arbeitnehmernahe Initiativen weisen thematische Leerstellen auf, d. h. einige Themen sind deutlich unterbesetzt.

3. Unterrichtsmaterialien am Beispiel „Mitbestimmung“

Im Folgenden wird exemplarisch der Themenschwerpunkt Mitbestimmung genauer betrachtet. Es interessieren –auch und vor allem – methodisch-didaktische Gesichtspunkte der Bildungsmittel. Dabei werden folgende Dokumente in den Blick genommen:

Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Bildung e.V./ Hans Böckler Stiftung (2004/2005, Hg.): Arbeitswelt modern gestalten: Das System der Sozialpartnerschaft.

Bundesverband der Deutschen Banken (2002; Hg.): Ordner Wirtschaft – Materialien für den Unterricht, 2002.

Deutscher Gewerkschaftsbund (o.J.; Hg.): Tarife - Konflikte um Lohn und Leistung, o.J.

Hans-Böckler-Stiftung (Hg.): Mitbestimmen, Mitgestalten, Mitverantworten, o.J.

IG-Metall (2003; Hg.): Schule machen, 2003.

IG-Metall (o.J.; Hg.): Meine Gewerkschaft: 7 Unterrichtseinheiten, o.J.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000, Hg.): Mehr Freiheit, mehr Arbeit: Eigeninitiative und Deregulierung schaffen Beschäftigung, 2000.

Larmann, W./ Niedenhoff, H.-U. (2005): Mitbestimmung in Deutschland, Thema Wirtschaft Nr. 91, Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULE WIRTSCHAFT (Hg.), 2005.

Trägerverein des Ruhrforschungszentrums Ruhrforschungszentrum e.V. (1998; Hg.): Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft, 1998.

verdi@school (2003; Hg.) downloads zum Thema Gewerkschaften, 2003.

Wigy-Materialien⁵⁰

Die Zusammenschau erfolgt nach Initiativen, so dass die Hefte des DGB bei der Initiative Workshop Zukunft zugerechnet werden. Dies gilt ebenfalls für die Unterlagen der IG Metall.

⁵⁰ Die Materialien wurden nicht in der kriterienorientierten Analyse berücksichtigt.

3.1. Grundlagen

Arbeitgebernahe und arbeitnehmernahe Initiativen sind in gleichem Maße am vorliegenden Bereich der Mitbestimmung durch Bildungsangebote beteiligt. Kooperationsformen gelingen selten: Nur eine der Initiativen wurde gleichermaßen - von arbeitgeber- und arbeitnehmernahen Initiativen gemeinsam gestaltet.

Zumeist sind die Bildungsangebote zwischen 2 und 5 Jahre alt. In diesem Zeitraum erschien etwas mehr als die Hälfte der Materialien.

Nicht nur bei der vorangestellten allgemeinen Analyse der Unterrichtsmaterialien - auch bei der Analyse im besonderen Bereich der Mitbestimmung überwiegen gemeinsame Angebote für die Sekundarstufen I und II beziehungsweise der Sekundarstufe II ausschließlich. Beide umfassen jeweils ca. ein Drittel der einschlägigen Bildungsmittel. An die Sekundarstufe I richten deutlich weniger der Initiativen ihre Materialien. Einige der Lernmittel führen keine spezifisch angesprochene Schulstufe an.

Arbeitgebernahe Initiativen sprechen in erster Linie die Sekundarstufe II und damit Schüler ab der 10. Klassenstufe an. Auf diese Zielgruppe entfallen mehr als die Hälfte der Bildungsmittel. Auf Arbeitnehmerseite richten sich die Materialien an eine breitere Schülerklientel. Überwiegend werden die Sekundarstufen I und II gleichermaßen fokussiert. Immerhin ein Drittel der Lernmittel zielt ausschließlich auf die Sekundarstufe II.

Die Unterrichtsmaterialien zielen überwiegend auf Haupt- und Realschüler, Schüler der Berufsschule und des Gymnasiums. Die Schulformen Grund- und Sonderschule werden im Bereich der Mitbestimmung nicht adressiert. Einige Materialien lassen sich nicht eindeutig zuordnen. Bei einer differenzierten Betrachtung werden Unterschiede zwischen arbeitgeber- und arbeitnehmernahen Initiativen deutlich. Arbeitgebernahe Initiativen fokussieren vor allem Gymnasien, Berufsschulen, in geringerem Maße Haupt- und Realschulen.

Arbeitnehmerorientierte Bildungsmittel lassen sich nicht eindeutig zurechnen, mit Ausnahme von Sonderschule und Grundschule werden alle Schulformen abgedeckt.

Die Fokussierung auf den Schwerpunkt Mitbestimmung zeigt, dass die Vielfalt der verwendeten Medien in diesem Bereich überschaubar ist. Die Bandbreite an Medien, die im Unterricht eingesetzt werden können, wird nicht genutzt. Überraschend ist insbesondere, dass die Schüler das Thema selten mit Hilfe „neuer Medien“ erarbeiten können. Der Einsatz neuer Medien erschöpft sich vielmehr in der Gewähr der Verfügbarkeit der Unterrichtsmaterialien; sie werden jedoch nicht hinreichend genutzt, um das Thema zu erschließen.⁵¹ Zumeist werden

⁵¹ Eine Ausnahme bildet die interaktive Lernplattform des Workshop Zukunft.

die Unterlagen in Form von Lehrerhandreichungen bzw. Unterrichtsmaterialien und Periodika zur Verfügung gestellt, weiterhin erscheinen vereinzelt Broschüren, Periodika und Newsletter. Arbeitgeber- und Arbeitnehmernahe Initiativen variieren bezüglich der inhaltlichen Akzentuierung. Arbeitgebernahe Materialformen problematisieren die Themenkomplexe *Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Tarifvertrag, Tarifverhandlungen/ Tarifkonflikt, Betriebsrat/ Mitbestimmungsrechte, Reformen Tarifpolitik und andere* jeweils zumeist gleichermaßen. Auf Arbeitnehmerseite werden die Themen *Arbeitgeberverbände* und *Reformen der Tarifpolitik* ausgeklammert. Dies birgt die Gefahr, dass Schüler einseitig informiert werden.

- Während arbeitgebernahe Initiativen vor allem die Sekundarstufe II ansprechen, versuchen arbeitnehmernahe Initiativen eine breitere Zielgruppe zu erreichen.
- Zahlreiche Materialien sind nicht mehr aktuell. Dies gilt insbesondere für Materialien in Papierform.
- Auch im speziellen Bereich der Mitbestimmung ist die Medienvielfalt eingeschränkt.
- Die thematische Breite ist im Bereich der Bildungsmittel arbeitgebener Herkunft deutlich umfangreicher als in Unterrichtsmaterialien arbeitnehmernahe Initiativen, bestimmte Themen werden ausgeklammert. Die Themen sollten auch durch arbeitnehmerbezogene Frageweisen perspektiviert werden.

3.2. Kriterienbezogene Analyse

Die Analyse der Inhalte und Methoden nimmt die folgenden Kriterien zum Ausgangspunkt:

Liegen den Bildungsmitteln Prinzipien von Kontroversität (ähnlich: Überwältigungsverbot und Interessenorientierung) zu Grunde?

Orientieren sich die Materialien an der Lebens- bzw. Alltagswelt der Jugendlichen?

Sind die Materialien in Aufbau und Darstellungsweise altersgerecht?

Inwieweit werden handlungsorientierte Methoden eingesetzt?

Werden überwiegend rezeptive oder selbsttätige Lernformen angeregt?

3.2.1. Entsprechen die Materialien der Kontroversität?

Das sogenannte Überwältigungsverbot impliziert, dass Politische Bildung nicht darin aufgeht, Schüler im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit gleichsam an der Bildung eines selbstständigen Urteils zu hindern. Problematisch wird es, wenn vordergründig und einseitig Meinungen, Urteile oder Wertungen transportiert werden. Die Grenzen Politischer Bildung werden durch indoktrinierende Vermittlungsformen überschritten. Indoktrination ist nicht mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der damit verbundenen Zielvorstellung vom mündigen Schüler beziehungsweise mündigen Bürger zu vereinbaren. Gleichmaßen müssen die Lernangebote kontrovers angelegt werden: Das Prinzip der Kontroversität verdeutlicht, dass wissenschaftliche und politische Kontroversen auch in Unterrichtsprozesse Eingang finden müssen. Beide Forderungen sind ineinander verwoben, da beim Verschweigen unterschiedlicher Standpunkte Alternativen unberücksichtigt bleiben und so der Weg der Indoktrination unvermittelt beschritten wird. Weiterhin sollen Schüler dazu ermuntert werden, politische Fragestellungen anhand eigener Interessenlagen zu analysieren, sowie diesbezüglich nach demokratisch legitimierbaren Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene Sachlage im Sinne der eigenen Interessenorientierung zu beeinflussen.

Abb. 15: Darstellungsformen arbeitgebernaher Initiativen

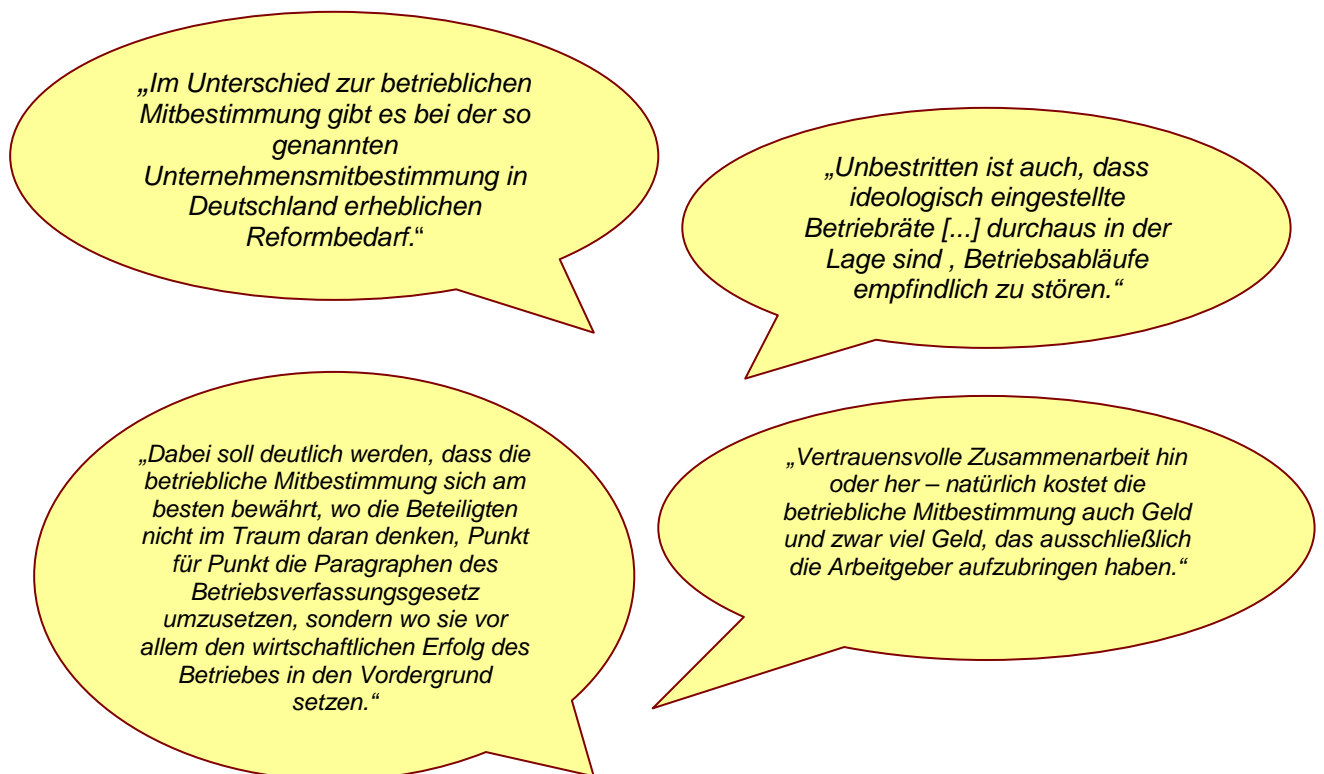
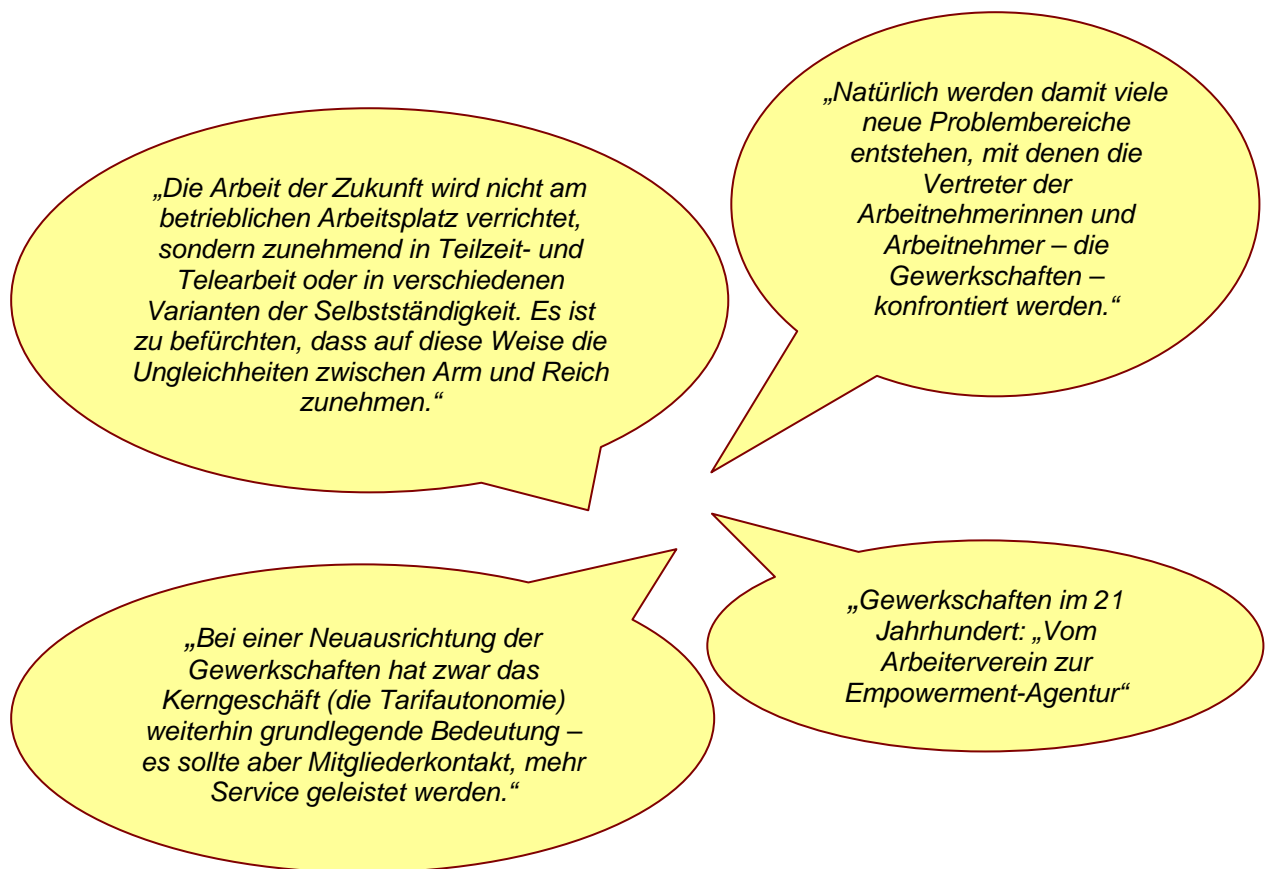


Abb. 16: Darstellungsformen arbeitnehmernaher Initiativen



Die vorliegenden Unterrichtsmaterialien werden diesen Prinzipien leider nicht durchgängig gerecht. Einige Darstellungsformen bedienen sich teilweise unverhohlen eindeutig perspektivierter Standpunkte. Zur Illustration:

„Im ersten Kapitel werden die Rechtsgrundlagen der betrieblichen Mitbestimmung [...] vermittelt. Dabei soll deutlich werden, dass die betriebliche Mitbestimmung sich am besten bewährt, wo die Beteiligten nicht im Traum daran denken, Punkt für Punkt die Paragraphen des Betriebsverfassungsgesetz umzusetzen, sondern wo sie vor allem den wirtschaftlichen Erfolg des Betriebes in den Vordergrund setzen.“⁵²

„Im Unterschied zur betrieblichen Mitbestimmung gibt es bei der so genannten Unternehmensmitbestimmung in Deutschland erheblichen Reformbedarf.“⁵³

„Vertrauensvolle Zusammenarbeit hin oder her – natürlich kostet die betriebliche Mitbestimmung auch Geld und zwar viel Geld, das ausschließlich die Arbeitgeber aufzubringen haben.“⁵⁴

⁵² BUAG (2005), S. 1.

⁵³ BUAG (2005), S. 1.

⁵⁴ BUAG (2005), S. 4.

„Unbestritten ist auch, dass ideologisch eingestellte Betriebsräte [...] durchaus in der Lage sind, Betriebsabläufe empfindlich zu stören.“⁵⁵

Weitere Unterlagen beinhalten einseitige Sichtweisen: Beispielsweise werden in erster Linie, Risiken der neuen Arbeitswelt angemahnt, ohne mögliche Chancen und Herausforderungen sachlich zu diskutieren.⁵⁶ Dabei besteht die Gefahr, dass die Unterrichtsmaterialien zur Interessenpolitik genutzt werden.

Gemeinsam auf den Weg gebrachte Angebote der Sozialpartner erliegen in Teilen der Versuchung, die Angebote als Selbstdarstellungsbroschüre der Sozialpartner zu nutzen:

„Solche Forderungen gehen an der Tatsache vorbei, dass unser Tarifvertragssystem schon heute ein hohes Maß an Flexibilität aufweist“⁵⁷

„Nach fünfzig Jahren autonomer, selbstbestimmter Tarifpolitik können wir feststellen, dass die Sozialpartner ihrer Verantwortung gegenüber der Wirtschaft und der Gesellschaft, aber auch gegenüber den einzelnen Menschen gerecht geworden sind“⁵⁸

Urteile und Wertungen sollten in (Bildungs-)Materialien für Schüler vermieden werden. Vielmehr können Schüler durch die Darlegung von Kontroversen, Gegensätzen und Widersprüchlichkeiten zum eigenständigen Denken und Urteilen angehalten werden. Unterschiedliche Interessen und Perspektiven sollten für das Lernen genutzt werden – sie bieten fruchtbare Möglichkeiten, um den Aspektrahmen der Mitbestimmung problemzentriert zu strukturieren.

3.2.2. Sind die Materialien schülerorientiert angelegt?

Die Bezüge zur Lebens- bzw. Alltagswelt der Jugendlichen werden in den Unterrichtsmaterialien noch nicht hinreichend hergestellt. In den Broschüren „Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft“, „Mehr Freiheit, mehr Arbeit“ und im „Ordner Wirtschaft“ sind keine Bezugspunkte zur Alltags- bzw. Lebenswelt der Schüler erkennbar. Auch die Darstellung der Inhalte entspricht in weiten Teilen nicht den Anforderungen, die an moderne Lehr- und Lernmaterialien hinsichtlich der Aneignungsperspektiven von Lernenden zu stellen sind.

Die Materialien von Ver.di verweisen punktuell auf die Lebensweltbereiche der Jugendlichen.⁵⁹ „Schule machen!“ schafft Anknüpfungspunkte zur Lebenswelt der

⁵⁵ BUAG (2005), S. 7.

⁵⁶ DGB (2002; Hg.), S. 3ff.

⁵⁷ Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Bildung e.V. (2004/2005; Hg.), S. 29.

⁵⁸ Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Bildung e.V. (2004/2005; Hg.), S. 7.

⁵⁹ So wird die Frage gestellt, was ein lediger 21-jähriger Angestellter bei der Stadtverwaltung verdient oder es werden Bilder von Jugendlichen gezeigt. Vgl. ver.di (2002, Hg.), Folie 1b.

Berufsschüler, indem insbesondere arbeitsrechtliche Situationsbezüge von Jugendlichen hergestellt werden.⁶⁰

„Mitbestimmung in Deutschland“ nimmt eine kurze Fallbeschreibung zum Ausgangspunkt, als im Zeugnis eines „jungen Mitarbeiters“ vermerkt ist, dass er im Betriebsrat tätig ist. Leider wird auf das Beispiel im weiteren Verlauf nicht weiter eingegangen.

Das Schülerheft „Arbeitswelt modern gestalten“ eröffnet mit der Darstellung einer fiktiven Situation, in der ein Schüler mit einem Streik konfrontiert ist.⁶¹ Hier wird erkennbar nach Bezugspunkten gesucht, durch die Jugendliche in ihrer Lebenswelt mit einem Tarifkonflikt konfrontiert werden. Ein positives Beispiel ist auch das Heft „Mitbestimmen, Mitgestalten, Mitverantworten“, innerhalb dessen sich die verschiedenen Lernstationen an Problemen orientieren, die für Schüler relevant und kontextspezifisch erfahrbar sind.⁶² Unter methodischen Gesichtspunkten sind solche Schülerperspektiven wünschenswert. Es sollte jedoch darauf geachtet werden, dass altersgemäße Beispiele und Problematisierungen entwickelt werden.⁶³ Generell wirkt ein schülerorientierter Auftakt motivierend. Wenn jedoch überhaupt eine solche Schülerorientierung gewählt wird, dann verbleibt sie teilweise auf der Ebene einer anbei gestellten Illustration und wird nicht strukturell genutzt. Sie sollten vermehrt kontextualisiert werden.

Insgesamt werden die Bezüge zwischen der Lebenswelt der Lernenden und der Arbeitswelt noch nicht hinreichend zum Ausgangspunkt von Lernprozessen erhoben. Die Beziehungshaltigkeit von Strukturen und Prozessen der Sozialpartnerschaft und alltäglicher Erfahrungsformen könnte die Auswahl der Lerngegenstände noch stärker leiten.

Einige der schriftlichen Materialien sind durch einen Erzählduktus geprägt, der die Schüler belehrt. Es handelt sich um einen imaginären und allwissenden Erzähler, der den Lernenden keine Fragen stellt, sondern Antworten (vor-)gibt. Ähnliches gilt für die Unterrichtsplanungen, die teilweise ausgesprochen lehrerzentriert erscheinen. Es stellt sich die grundsätzliche Frage, ob die Autorentexte bzw. lehrerzentrierten Vorträge - die in den Arbeitsmaterialien überwiegen – lernförderlichen Charakter entwickeln.

Im Heft „Mehr Freiheit, mehr Arbeit“ wird wenig Rücksicht auf die Bedürfnisse und das Vorwissen der Schüler genommen, was u. a. daran liegt, dass das Heft für ein breiteren

⁶⁰ Vgl. DGB (2002; Hg.), Folie 25.

⁶¹ Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Bildung e.V. (2004/2005; Hg.), S. 3.

⁶² Dabei werden didaktisch elementarisierbare Themen aufgegriffen wie zum Beispiel Konfliktlösungsstrategien unter Jugendlichen, Konflikte im Elternhaus oder Mitbestimmungsmöglichkeiten von Schülern.

⁶³ Der in „Arbeitswelt modern gestalten“ abgebildete Jugendliche, der auch auf der Rückseite der Broschüre auftaucht, ist für eine Endklasse der Sekundarstufe I beispielsweise eindeutig zu jung und bietet dadurch eine zu geringe Identifikationsmöglichkeit. Ähnlich verhält es sich mit den Illustrationen der Unterlagen „Meine Gewerkschaft“, die von der IG Metall herausgegeben werden. Es gelingt nicht hinreichend, Identifikationspotenzial zu entfalten.

Adressatenkreis verfasst und erst später um eine Unterrichtseinheit ergänzt wurde. Positiv hervorzuheben ist, dass in einem graphischen Baustein Begriffe rund um die Tarifpolitik entwickelt werden.

Die Broschüre „Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft“ beinhaltet in erster Linie eine Artikelsammlung ohne ergänzende Hinweise. Einige Termini werden allerdings zu Beginn der Broschüre innerhalb eines Fließtextes erläutert. Auch im Ordner Wirtschaft (Kap. 6.3) fehlt eine ausführliche Erläuterung der begrifflichen Fachlichkeit.

Vorbildlichen Charakter entwickelt in dieser Hinsicht die Broschüre des DGB, die ein Glossar bereit hält, um lernwirksame Begriffe zur Sozialpartnerschaft zu erläutern. Dadurch haben die Schüler jederzeit die Möglichkeit, sich die Bedeutung der fachlichen Termini zu vergegenwärtigen.⁶⁴ In den Präsentationen der Unterrichtsmaterialien von IG Metall⁶⁵ und Ver.di⁶⁶ werden ebenfalls zentrale Termini erläutert.

Grundsätzlich gehen die Materialien davon aus, dass zu ihrer Bearbeitung keine weiteren Vorkenntnisse erforderlich sind. Das ist aber nicht immer richtig. Immer wieder werden in den Materialien Fachbegriffe verwendet, die nicht konsequent entwickelt werden, jedoch als Lernbrücken notwendig wären (bspw. Gewerkschaft, Mitbestimmung, Beitragsbemessungsgrenze, brutto/netto, Abschreibung, Hypothek, Produktionsmittel, Aussperrung, Montanmitbestimmung). Grundsätzlich empfiehlt es sich - neben erweiterten Klärungen als Textergänzung – themenbasierte begriffliche Register zu integrieren.

Viele der Broschüren bemühen sich kaum, eine angemessen schülergerechte Sprache zu verwenden. „Mitbestimmung in Deutschland“ orientiert sich sehr stark an den rechtlichen Rahmenbedingungen:

„Ein Betriebsrat kann eine vom Arbeitgeber gestellte Bürokräft ablehnen, wenn er das Vertrauen zu ihr verloren hat – zum Beispiel weil sie Sitzungsprotokolle mit nach Hause genommen hat, entschied das Landesarbeitsgericht Berlin (4 TabV 2/95).“⁶⁷

Bisweilen scheinen die gewählten Zugänge Schüler sprachlich zu überfordern und wirtschaftsstrukturelle Vorverständnisse zu unterstellen:

„Angesichts der geringen Streikhäufigkeit in der Bundesrepublik Deutschland sind die wirtschaftlichen Folgen von Arbeitsk Kampfmaßnahmen (Produktionsausfall, Verlust von

⁶⁴ Vgl. DGB (2002; Hg.), Arbeitsblatt E 1.

⁶⁵ Vgl. zum Beispiel IG Metall (2003), Folie 02.

⁶⁶ Vgl. zum Beispiel Ver.di (2003; Hg.), Folie 1.

⁶⁷ Vgl. BUAG (2005; Hg.), S, 1.

Marktanteilen, Streikunterstützungen, Steuerausfälle) – von einzelnen Ausnahmen abgesehen – im internationalen Vergleich bislang nicht sehr ins Gewicht gefallen.“⁶⁸

Ähnlich komplizierte Satzkonstruktionen finden sich im Themenheft „Mitbestimmen, Mitgestalten und Mitverantworten“:

„Die Kommission Mitbestimmung der Bertelsmann Stiftung und der Hans Böckler Stiftung stellte in ihrem Bericht 1998 fest: „Wo Unternehmensleitungen und Mitbestimmungsträger gemeinsam bemüht waren, die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in Anpassung an schwieriger gewordene Marktbedingungen und insbesondere an einen wachsenden Kostendruck wiederherzustellen oder zu verteidigen kam es zu einem Prozess kooperativer Modernisierung, in dessen Verlauf sich nicht nur Struktur und Strategie der Unternehmen veränderten, sondern auch, trotz gleich bleibender Rechtsgrundlage, die Funktionsweise der Mitbestimmung.“⁶⁹

Andere Broschüren verfallen in einen umgangssprachlichen sprachlichen Stil, was nicht minder unangemessen erscheint:

„Einige der Hardliner in den Arbeitgeberverbänden haben die „Christlichen Gewerkschaften“ als nützliches Werkzeug entdeckt. Sie lassen sich von ihnen Tarifverträge unterschreiben, die einen die Haare zu Berge stehen lassen.“⁷⁰

„Arbeitswelt modern gestalten“ ist zwar durchgängig um eine schülergerechte Sprache bemüht, aber es verbleibt der Eindruck, dass der verwendete Sprachjargon das eine oder andere Mal zu einem Stilmittel erhoben wird:

“Dabei nennen die Gewerkschaften im Vorfeld ihre Forderungen, die dann meist von den Unternehmern als maßlos und ruinös abgelehnt werden. Das veranlasst nun die Gewerkschaften, ihrerseits über die Hartherzigkeit und Gewinnsucht der Unternehmer zu schimpfen.“⁷¹

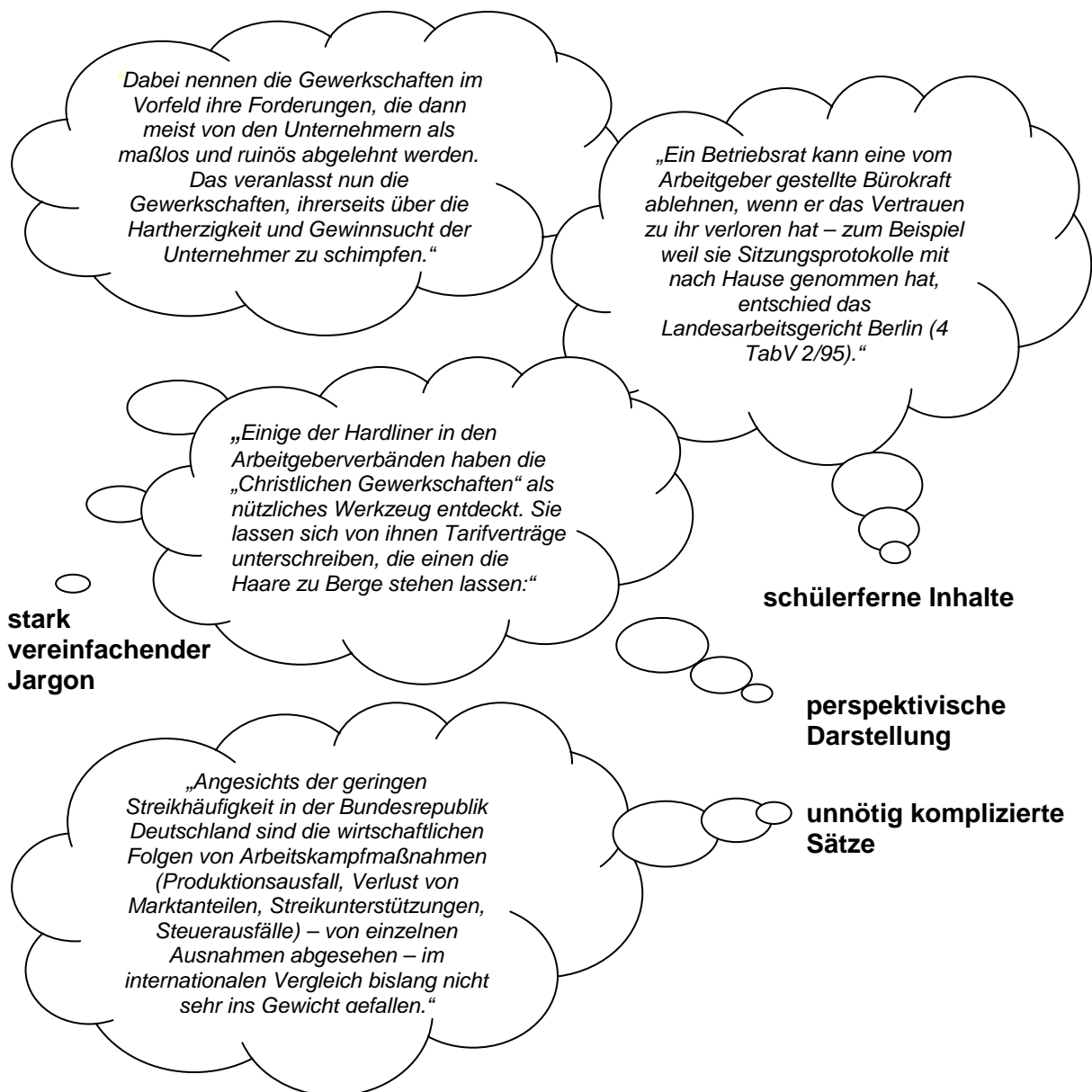
⁶⁸ Vgl. Ruhrforschungszentrum Düsseldorf (1998; Hg.), S. 10.

⁶⁹ Hans-Böckler-Stiftung (Hg.), Mitbestimmen, Mitgestalten, Mitverantworten, Düsseldorf o.J., S. 15.

⁷⁰ Vgl. IG Metall (2003; Hg.), Folie 10.

⁷¹ zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Bildung e.V. (2004/2005; Hg.), S. 20.

Abb.17: Schülerorientierung?



3.2.3. Inwieweit werden handlungsorientierte Methoden eingesetzt?

Durch simulative und forschende Methoden könnten die Schülerinnen und Schüler mit Interessendivergenzen der Sozialpartner sowie den Spielregeln und Prozessen der Herstellung von Verbindlichkeiten vertraut gemacht werden. Durch eigenes Problemlösen und Handeln erfahren sie Mitbestimmung nicht nur als Kenntnisgebiet, sondern können sinnhaft Deutungs- und Orientierungswissen erwerben, das zur Partizipation befähigt.

Die folgenden handlungsorientierten Methoden können beispielsweise zur Erarbeitung des Themengebietes genutzt werden:

Plan- und Rollenspiele zur Simulation und Reflexion von (Tarif-)Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmer

Expertenbefragungen von Betriebsrats-, Gewerkschaft- und Arbeitgebervertretern
Recherche in Zeitungs- oder Gewerkschaftsarchiven über den Verlauf früherer
Tarifauseinandersetzungen
Pro-Contra-Debatten zur Positionsfindung im Arbeitgeber- und Arbeitnehmerlager
Nachspielen einer Podiumsdiskussion.

Entwicklung und Gestaltung Flugblätter, Leserbriefe, Aufrufe, Plakate u.ä.

In den Materialien „Mitbestimmung in Deutschland“, „Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft“, „Ordner Wirtschaft“ (Kap. 6.3), „Schule machen“, „Arbeitswelt modern gestalten“ werden handlungsorientierte Methoden überwiegend nicht eingesetzt.

Die Verdi-Unterlagen fordern beispielsweise zur Erarbeitung des Themas u.a. Kurzdebatten, Rollenspiele⁷² und Mind-Mapping⁷³-Techniken. In den Arbeitsmaterialien zu der Broschüre „Mehr Freiheit, mehr Arbeit“ wird mit Rollenspielen und Pro-Contra-Diskussionen gearbeitet. Die Unterlagen des DGB sind im Vergleich zu den anderen Unterlagen recht stark am Primat der Handlungsorientierung ausgerichtet. Das Heft „Tarife – Konflikte um Lohn und leistung enthält Vorschläge zu Betriebserkundungen⁷⁴, Rollenspielen⁷⁵, Wandzeitungen⁷⁶ und Rechercheaufträgen.⁷⁷ Das Heft „Mitbestimmen, Mitgestalten, Mitverantworten“ hält für die Schüler Aufgaben zum „Lernen an Stationen“ bereit und regt zum selbsttätigen Lernen an.

Jedoch fällt auf, dass der Großteil der Unterlagen handlungsorientierte Methoden nicht aufnimmt. Gerade bei den Broschüren/ Heften fehlen handlungsorientierte Arbeitsaufträge. Zwar sind in den Unterrichtsmaterialien die handlungsorientierte Lehr- Lernarrangements häufiger zu finden, doch auch diese fallen zumeist durch eine starke Textdominanz bzw. Lehrerzentrierung auf. Das Heft „Meine Gewerkschaft“ der IG-Metall beispielsweise setzt häufig Lückentexte zur Lernkontrolle ein, die einen stark repetitiven Charakter entfalten. Bei der Gestaltung von Unterrichtsmaterialien sollte insgesamt eine stärkere Integration handlungsorientierter Methoden erfolgen.

⁷² Vgl. Ver.di (2003, Hg.), Unterrichtseinheit „Geschichte der Arbeiter-/Gewerkschaftsbewegung“.

⁷³ Vgl. Ver.di (2003, Hg.), Unterrichtseinheit „Betriebliche Interessenvertretung“.

⁷⁴ Vgl. DGB (2002; Hg.), Arbeitsblatt B1.

⁷⁵ Vgl. DGB (2002; Hg.), S. 16.

⁷⁶ Vgl. DGB (2002; Hg.), Arbeitsblatt C1.

⁷⁷ Vgl. DGB (2002; Hg.), Arbeitsblatt A5.

3.2.4. Wird rezeptives oder selbsttätiges Lernen in den Vordergrund gestellt?

Die Arbeitsmaterialien stellen gemeinhin rezeptive Lernformen in den Vordergrund. Häufig werden Arbeitsaufträge gestellt, die die Wiedergabe des Gelernten einfordern. Dabei entsteht die Gefahr, dass einseitig Reproduktionswissen erworben wird, welches nicht flexibel auf komplexe Handlungssituationen der Arbeitswelt transferiert werden kann und somit trägen Charakter entfaltet. Zur Illustration:

- „Nennen sie die wichtigsten Aufgaben der Tarifpartner!“⁷⁸
- „Was ist im Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) geregelt und wovor werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch diese Gesetze geschützt?“⁷⁹
- „Nimm ein Wirtschaftslexikon zur Hand und lies nach, was man unter Streik versteht und welche Streikformen man unterscheidet.“⁸⁰
- „In der Familie, in der Schule oder während eines Praktikums habt ihr sicher schon über „Gewerkschaften“ und „Tarifverträge“ gesprochen. Nennt 3 bis 5 Begriffe, die damit zu tun haben!“⁸¹

Die Wissensabfrage wird zum Teil allerdings auch in Arbeitsblättern und -aufträgen für die Schüler motivierend verpackt. Ein Beispiel ist das Rätsel im Schülerheft „Arbeitswelt modern gestalten“, wo es gilt, einen Lückentext ausfüllen.⁸² Doch auch solche Vorgehensweisen enthalten Formen der Wissensabfrage, die sich überwiegend an einer rezeptiven Lernvorstellung orientieren.

Zukünftig sollte größeres Gewicht auf selbstgesteuertes und Formen entdeckenden Lernens gelegt werden. Dies gilt es in die einschlägigen Bildungsmittel zur „Mitbestimmung“ vermehrt zu integrieren. Hierfür können Schüler zu eigenständigen Auseinandersetzungen mit problemhaltigen Situationen angeregt werden. Nicht vollständige Kenntnisbezüge, sondern exemplarische Anwendungsformen sollten im Vordergrund stehen. Durch problemhaltige Fälle ist es möglich, sinnhafte Deutungsformen über moderne Gestaltungserfordernisse und -spielräume der Arbeitswelt aufzubauen.

- „Werturteilstransporte“ müssen vermieden werden. Die Schüler sollten vielmehr durch die didaktische Strukturierung von Kontroversen, Gegensätzen und

⁷⁸ Schulbank (2002; Hg.), S. 25.

⁷⁹ DGB (2002; Hg.), Arbeitsmaterialien Mitbestimmung.

⁸⁰ Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2001; Hg.), Arbeitsmaterialien.

⁸¹ Vgl. DGB (2002; Hg.), Arbeitsblatt A3.

⁸² . Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Bildung e.V. (2004/2005; Hg.), S. 9.

Widersprüchlichkeiten zur Tarifpolitik, Mitbestimmung etc. zum eigenständigen, problemlösenden Denken und Urteilen angeregt werden.

- Bezüge zwischen Lebens- und Arbeitswelt der Lernenden sollten verstärkt in die Materialien integriert werden und als Ausgangspunkt für die Formulierung von Lehr- und Lernangeboten dienen.
- Sprachliche Stilmittel sollten im Sinne einer Brückenbildung zwischen Schülern und Fachlichkeit vermitteln.
- Die Vorkenntnisse der Lernenden sollten stärker berücksichtigt werden. Schüler haben Vorstellungen über politisch-ökonomische Sachfragen aufgebaut und wenden ihre orientierungsleitenden Deutungsmuster im Kontext der zu bearbeitenden Unterrichtsmittel an. Die Lernangebote sollten daher an bestehenden Schülervorstellungen anknüpfen.
- Fachlich relevante Termini (bspw. Gewerkschaft, Arbeitgeberverband, Flächentarifvertrag etc.) sollten im Hinblick für ihre Bedeutung im Lernprozess elementarisiert werden.
- Weiterhin sollten handlungsorientierte Methoden in die Materialien integriert werden. Dies gilt sowohl für Erarbeitungs- als auch für Ergebnissicherungsphasen.
- Die Unterlagen sollten verstärkt Möglichkeiten selbsttätigen Lernens eröffnen. Dafür eignen sich beispielsweise problemhaltige Situationen. Exemplarisches Lernen sollte die Lernprozesse stärker als bisher strukturieren.

4. Fazit

Die Sozialpartner nehmen den Bedeutungsgewinn des politisch-ökonomischen Lernfeldes ernst und gestalten es aktiv mit. Insgesamt wird ein äußerst breites Themenspektrum abgedeckt. Allerdings zeigen sich bei den arbeitnehmernahen Initiativen einige inhaltliche Leerstellen. So werden die Themenfelder *Kooperation Schule/ Wirtschaft, Existenzgründung/ Selbstständigkeit* und *Wirtschaft* gar nicht oder nur randständig behandelt. Außerdem mangelt es den Angeboten von Arbeitnehmerseite an thematisch breit angelegten Bildungsmitteln, die sich allgemeinen Fragen der politisch-ökonomischen Bildung öffnen. Es überwiegen die gewerkschaftsbezogenen Fragestellungen. Mengenmäßig dominieren die Unterrichtsmaterialien arbeitgebernaher Anbieter den Markt. Diese decken den thematischen Aspektrahmen umfassender ab, vernachlässigen jedoch die Streuung der angesprochenen Adressaten. Entwicklungsmöglichkeiten bestehen hinsichtlich der Nutzung von modernen Kommunikations- und Informationstechnologien. Diese werden noch zu selten zur *Erarbeitung* von Lerngegenständen eingesetzt.

Bei der Analyse des Inhaltsfeldes Mitbestimmung zeigt sich, dass mit der Herausgabe der Materialien auch unterrichtsfremde Ziele verbunden werden. Die Unterrichtsmaterialien werden zum Teil zur Selbstdarstellung und Interessenpolitik der Sozialpartner genutzt. Mittels der Materialien werden interessegeleitete Positionen in die Schülerschaft transportiert. So werden die Unterlagen von der Arbeitgeberseite immer wieder genutzt, um ihrer Ansicht nach notwendige Reformen vorzubereiten. Arbeitnehmerbezogene Unterrichtsangebote thematisieren überwiegend gewerkschaftsrelevante Fragestellungen. Damit verbundene Urteile kommen nicht umhin sich der Frage zu stellen, ob die dem Überwältigungsverbot der politischen Bildung widersprechen.

Bei der weiteren Entwicklung von Unterrichtsmaterialien durch die Sozialpartner wäre stärker zu berücksichtigen, dass sich die Lernmedien nicht zum Transport von politischen Positionen und Meinungen eignen. Im öffentlichen Lernort Schule sollte die kritische Urteilsbildung über - nicht die parteiische Vertretung von - gesellschaftlichen Partialinteressen praktiziert werden. Die Sozialpartner könnten hierzu verstärkt die Möglichkeiten der kooperativen Entwicklung von Unterrichtsmaterialien erproben. Für die didaktische Gestaltung wird zusammenfassend angeregt:

- Fachlichkeit statt Ideologie

- Kontroversität statt Parteilichkeit
- Mehr Lebenswelt- und weniger Wissenschaftsorientierung
- Mehr Handlungsmethoden und weniger Autorentext.
- Exemplarität statt Vollständigkeit.
- Differenzierte Anregung statt frontaler Unterweisung.
- Selbständiges Problemlösen statt rezeptiver Wiedergabe.

5. Literatur

Arbeitskreis SchuleWirtschaft Bayern

Studienkreis Schule-Wirtschaft Bayern (1998, Hg.): Hauptschule und Wirtschaft als Partner im Team.

Studienkreis Schule-Wirtschaft Bayern (2000, Hg.): Infodienst 2000.

Studienkreis Schule-Wirtschaft Bayern (2001, Hg.): Professionalität in Wirtschaft und Schule.

Studienkreis Schule-Wirtschaft Bayern (1998, Hg.): Was soll ich nur werden?

Studienkreis Schule-Wirtschaft Bayern (2003, Hg.): Lernzirkel Beruforientierung.

Studienkreis Schule-Wirtschaft Bayern (2004, Hg.): CD Best-practice-Unterrichtsbeispiele.

AusbildungPlus

AusbildungPlus (2004): Lehrerhandreichung AusbildungPlus zur Berufswahl, 2004.

Ausbildung Plus Flyer

Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Bildung e.V./ Hans Böckler Stiftung

Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Bildung e.V./ Hans Böckler Stiftung (2004/2005, Hg.): Arbeitswelt modern gestalten: Das System der Sozialpartnerschaft, 2004/2005.

Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände e.V.

Unterrichtsmodule zum download:

Modul 1: Finanzen im Griff – Budgetplanung muss das sein?

Modul 2: Führerschein und eigenes Auto – „Freiheit und Abenteuer“

Modul 3: Auszug aus dem Elternhaus – „Endlich eine eigene Wohnung“

Modul 4: Die erste Wohnungseinrichtung – „Möbel wie aus dem Katalog“

Modul 5: Schulden durch Handy?

Modul 6: „Und später geht´s mir richtig gut!?“

Modul 7: Schuldenspirale

BUAG

Wodok, A. (2005): Wachstum und Wohlstand, Thema Wirtschaft Nr. 92, Institut der Deutschen Wirtschaft und Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULE WIRTSCHAFT (Hg.), 2005.

Larmann, W./ Niedenhoff, H.-U. (2005): Mitbestimmung in Deutschland, Thema Wirtschaft Nr. 91, Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULE WIRTSCHAFT (Hg.), 2005.

- Enste, D. H. (2004): Schwarzarbeit Egoismus statt Solidarität?, Thema Wirtschaft Nr. 90, Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULE WIRTSCHAFT (Hg.), 2004.
- Knischewski, D./ Zedler, R. (2004): Unternehmergeist in der Schule, Thema Wirtschaft Nr. 89, Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULE WIRTSCHAFT (Hg.), 2004.
- Busch, B. (2004): Die EU: Was sie kann, was sie will und wie sie funktioniert. Thema Wirtschaft Nr. 88, Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULE WIRTSCHAFT (Hg.), 2004.
- Puls, Th. (2004): Verkehrspolitik in Deutschland Stur in den Stau, Thema Wirtschaft Nr. 87, Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULE WIRTSCHAFT (Hg.), 2004
- Selbach, A./ Waldhausen, V. (2004): Neue Wege in der Berufsausbildung, Thema Wirtschaft Nr. 85, Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULE WIRTSCHAFT (Hg.), 2004.
- Larmann, W. (2003): Moderne Arbeitswelt, Thema Wirtschaft Nr. 84, Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULE WIRTSCHAFT (Hg.), 2003.
- Voss, G. (2003): Wirtschaftswachstum und Wohlstand, Thema Wirtschaft Nr. 83, Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULE WIRTSCHAFT (Hg.), 2003.
- Schlaffke, W. (2003): Sozial gerechte Marktwirtschaft, Thema Wirtschaft Nr. 82, Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULE WIRTSCHAFT (Hg.), 2003.
- Meier, B. (2003): Unternehmer und Gesellschaft: Thema Wirtschaft Nr. 81, Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULE WIRTSCHAFT (Hg.), 2003.
- Selbach, A./ Waldhausen, V./ Zedler, R. (2003): Abitur, was nun? Thema Wirtschaft Nr. 79, Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULE WIRTSCHAFT (Hg.), 2003.
- Larmann, W. (2002): Jobkiller Arbeitsrecht, Thema Wirtschaft Nr. 76, Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULE WIRTSCHAFT (Hg.), 2002.
- Meier, B.(2001): Mit Zukunftstechniken den Wohlstand sichern, Thema Wirtschaft Nr. 72, Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULE WIRTSCHAFT (Hg.), 2001.
- Deutscher Institutsverlag (2004; Hg.): Jobs 4 you: Der Schülerkalender mit vielen Tipps zur Berufswahl, Bewerbung, 2004.
- Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT (Hg.): forum: newsletter SCHULEWIRTSCHAFT.
- Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (Hg.): Wirtschaft und Unterricht: Beilage des iwd; erscheint 10x jährlich

Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (Broschüren)

- Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (o.J., Hg.): Auswahlgespräche mit Studienbewerbern, o.J.
- Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (o.J., Hg.): Studieren in Mitteldeutschland, o.J.
- Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (o.J., Hg.): Option für die Jugend , o.J.

Option für die Jugend

Fit für die Wirtschaft

Unterrichtsmaterialien zum download zu den Themen:

Was ist Wirtschaft?

Mein Traumberuf

Junge Konsumenten

Das ABC der Finanzwelt

Go! to School

Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes NRW/ Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes NRW (o.J.; Hg.): Medienkoffer Selbstständigkeit, o.J.

Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes NRW/ Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes NRW (o.J.; Hg.): Planspiel Go & move, o.J.

Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes NRW/ Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes NRW (o.J.; Hg.): Der Grundschulkoffer zur Selbstständigkeit „Unternimm was mit Paula“, o.J.

Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes NRW/ Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes NRW (o.J.): Gründungs-Guide für Schülerfirmen, o.J.

girl's day

girl's day (o.J., Hg.): Style your future – Berufe für Mädchen mit Zukunft, o.J.

girl's day (o.J., Hg.): Infoheft für Mädchen, o.J.

girl's day (o.J., Hg.): Informationen und Praxishilfen für Schulen, o.J.

girl's day (o.J., Hg.): Aktionsleitfaden für Veranstalterinnen mit Checklisten als Planungs- und Organisationshilfen, o.J.

Handfest

Download:

Heavy Metal

Faszination Holz

Essen & Trinken

Lehrer-Info-Mappe

Fit für's Handwerk

Unterrichtsmodul Politik (Wirtschaft)

Handelskammer Hamburg

Unterrichtsmaterial (das nicht einsehbar ist) und Artikel (ähnlich wie Wigy)

Handwerkspower

Unterrichtsmaterial zur Berufswahl für Hauptschule, Realschule und Gymnasium
Lehrer-, Schüler- und Betriebsinformationen zum Betriebspraktikum
Handwerksinfobuch "100"

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Es handelt sich, um eine Datenbank, die Unterrichtsmaterialien zum download zu den folgenden Themen anbietet:

Arbeitsmarkt (15x)
Bildung (13x)
Selbstständigkeit (15x)
Soziale Sicherung (17x)
Schlanker Staat (11x)
Neue Arbeitswelt (15x)

IG-Metall

IG-Metall (2003; Hg.): Schule machen, 2003.
IG-Metall (o.J.; Hg.): Meine Gewerkschaft: 7 Unterrichtseinheiten, o.J.
IG-Metall (2004; Hg.):Europa, 2004.
IG-Metall (2003; Hg.):Globalisierung, 2003.
IG-Metall (o.J.; Hg.): Meine Gewerkschaft: 7 Unterrichtseinheiten, o.J.

IHK Niederreihn

Unterrichtsmaterial zum download:
Selbst- und Fremderkundung
BIZ-Besuch
Arbeitsplatzerkundung
Schülerbetriebspraktikum

Junior

Handreichungen und Handbücher, die man nach Anmeldung im Juniorprojekt erhält

Kooperationsnetz Stahlindustrie

Stahlinformationszentrum (2004; Hg.): Steel show, 2004.

Landesarbeitskreis SCHULEWIRTSCHAFT Thüringen

ThILLM, TKM & LAG SCHULEWIRTSCHAFT Thüringen (o.J.; Hg):. Thüringer Berufswahlpass, o.J.
ThILLM, TKM & LAG SCHULEWIRTSCHAFT Thüringen (o.J.; Hg):. Berufswahlvorbereitung. Methoden, Projekte, Partner, o.J.
LAG SCHULEWIRTSCHAFT (2000; Hg): Wenn Schüler zu Unternehmern werden, 2000.

ME-Berufe

Arbeitgeberverband Gesamtmetall in Zusammenarbeit mit den Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (2005; Hg.): Auf Erfolg programmiert IT-Ausbildung in der Metall- und Elektroindustrie, 2005.
Arbeitgeberverband Gesamtmetall (2005, Hg.): Jetzt kommen wir: Tipps für Mädchen zur Berufswahl, 2005.
Arbeitgeberverband Gesamtmetall in Zusammenarbeit mit den Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (2005; Hg.): Zukunft kann man lernen: Ausbildung in der Metall- und Elektroindustrie, 2005.
Arbeitgeberverband Gesamtmetall (2005; Hg.):Die Berufe der Informations- und Telekommunikationstechnik: Handreichung für Lehrer und Ausbilder, 2005.
Arbeitgeberverband Gesamtmetall in Zusammenarbeit mit den Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (2005; Hg.): Berufswelt im 21. Jahrhundert: Veränderungen und Herausforderungen in Gesellschaft und Arbeitswelt – Handreichungen für Lehrer
Arbeitgeberverband Gesamtmetall (2005; Hg.): M+E-Berufsinformation (DVD), 2005.
Arbeitgeberverband Gesamtmetall (2005; Hg.): Dein Start in die Berufswelt: Tipps für eine gelungene Bewerbung, 2005.
Arbeitgeberverband Gesamtmetall (2005; Hg.): Willkommen im Team - Infos für Berufseinsteiger, 2005.

Oeconomix

OECONOMIX (2005; Hg.): Wirtschaft fürs Klassenzimmer (CD), 2005

Netzwerk Zukunft: Schule und Wirtschaft

Downloads zu Schülerfirmen

prawis

Kaminski et al. (2005): Praxiskontakte: Zusammenarbeit zwischen Schule & Wirtschaft, 2005.
prawis (o.J.; Hg): Leitfaden zur schulischen und unterrichtlichen Implementation der Prawis-Konzeption, o.J.

Schub

download-Material zu den Themen:

Selbsteinschätzung
Bewerbung und Bewerbungsumfeld
Welt der Arbeit
Zeugnisse und Bescheinigungen

Schulbank

- Bundesverband der Deutschen Banken (2002; Hg.): Ordner Wirtschaft – Materialien für den Unterricht, 2002.
- Bundesverband der Deutschen Banken (2004; Hg.): das Broschürenset „Praxis testen - Das erfolgreiche Betriebspraktikum“, 2004.
- Bundesverband der Deutschen Banken (2004; Hg.): Start frei! – Der Weg zum Wunschberuf, 2004.
- Bundesverband der Deutschen Banken (2005; Hg.): Wie - Wirtschaft erleben, Euro - Das Buch zum Geld, 2005.
- Bundesverband der Deutschen Banken (2002; Hg.): Das Geldbuch: Vom Verdienen, sparen und Ausgeben, 2002.
- Bundesverband der Deutschen Banken (2004; Hg.): Euro: Das Buch zum Geld, 2004.
- Bank-Verlag Köln (2001): Das Bank- und Börsen-ABC, 2001.
- Bank-Verlag Köln (2002): Das Bankwesen in Deutschland, 2002.
- Bank-Verlag Köln (2002): Der bargeldlose Zahlungsverkehr, 2002.
- Bank-Verlag Köln (2002): Im Kreislauf der Wirtschaft, 2002.

Stiftung der Deutschen Wirtschaft

- Stiftung der Deutschen Wirtschaft (2003; Hg.): Gymnasiale Oberstufen in Partnerschaften mit Unternehmen, 2003.
- Stiftung der Deutschen Wirtschaft (2003; Hg.): Kooperations-Knigge. Schulen und Unternehmen auf gemeinsamem Parkett, 2003.
- Stiftung der Deutschen Wirtschaft (2003; Hg.): Erlebnis Arbeitswelt: Wie Schüler und Auszubildende gemeinsam die Welt der Arbeit erfahren, 2003.
- Stiftung der Deutschen Wirtschaft (2003; Hg.): Kooperation schafft Zukunft: Direkte Kooperation zwischen Schulen und Unternehmen, 2003.

Studienkreis Schule/ Wirtschaft NRW

- Studienkreis Schule/ Wirtschaft Nordrhein-Westfalen (2003; Hg.): Das Betriebspraktikum für Schüler und Lehrer, Sonderreihe Heft 24, 2003.
- Studienkreis Schule/ Wirtschaft Nordrhein-Westfalen (2002; Hg.): Realschule im Spektrum von Mathematik, Naturwissenschaften, Informatik und Ökonomie, Sonderreihe Heft 25, 2002.
- Studienkreis Schule/ Wirtschaft Nordrhein-Westfalen (2004; Hg.): Lernortkooperationen – Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen, Sonderreihe Heft 26, 2004.

Studienkreis Schule/ Wirtschaft Nordrhein-Westfalen (2004; Hg.): Schnupperstudium, Studieren vor dem Studium und Duale Studiengänge, Sonderreihe Heft 27, 2004.

Studienkreis Schule/ Wirtschaft Nordrhein-Westfalen (1994; Hg.): Kooperation Schule-Betrieb, Sonderreihe Heft 21, 1994.

Studienkreis Schule/ Wirtschaft Nordrhein-Westfalen (1994; Hg.): Berufswahlvorbereitung an der Hauptschule, Sonderreihe Heft 20, 1994.

Studienkreis Schule/ Wirtschaft Nordrhein-Westfalen (2003; Hg.): Grundzüge der Ökonomie und internationale Wirtschaftsstrukturen, 2003

Studienkreis Schule/ Wirtschaft Nordrhein-Westfalen (2001; Hg.): Globalisierung – ein facettenreiches Unterrichtsthema, 2001.

Unterrichtsmaterialien zur Globalisierung

Effekte der Globalisierung

Der richtige Weg

EURO

Gewinner und Verlierer

Gründe für Auslandsinvestitionen

Landwirtschaft

Umwelt und Soziales

Wer treibt die Globalisierung an

Trägerverein des Ruhrforschungszentrums e.V.

Trägerverein des Ruhrforschungszentrums Ruhrforschungszentrum e.V. (1998; Hg.): Tarifaufonomie und Sozialpartnerschaft, 1998.

Trägerverein des Ruhrforschungszentrums Ruhrforschungszentrum e.V. (2001, Hg.): Berufswahlorientierung und Berufswahl: Eine Lehrerhandreichung, 2001.

Trägerverein des Ruhrforschungszentrums Ruhrforschungszentrum e.V. (o.J., Hg.): Computergestütztes Planspiel "Europäische Integration in der Simulation (EIS)", o.J.

Trägerverein des Ruhrforschungszentrums Ruhrforschungszentrum e.V. (o.J.; Hg.): AV-Medienpaket "Aspekte der Sozialen Marktwirtschaft", o.J.

Trägerverein des Ruhrforschungszentrums Ruhrforschungszentrum e.V. (o.J.; Hg.): Computergestütztes Planspiel "Staat und Wirtschaft", o.J.

Perspektive Plus

Arbeitsmaterialien zum download zu den Themen:

Arbeitsmaterial Dezember - Mein Lebensweg

Arbeitsmaterial November - Sich orientieren

Arbeitsmaterial Oktober - Berufsstart

Arbeitsmaterial September - Sich vorstellen 3
Arbeitsmaterial August - Sich vorstellen 2
Arbeitsmaterial Juli - Sich vorstellen 1
Arbeitsmaterial Juni - Bewerben 2
Arbeitsmaterial Mai - Bewerben 1
Arbeitsmaterial April - Berufsbilder
Arbeitsmaterial März - Berufe, Berufe
Arbeitsmaterial Februar - Meine Stärken

Selbstanalyse

Baustein 1: Lebensplanung
Baustein 2: Stärken-Analyse
Baustein 3: Berufsquiz
Baustein 4: Einstellungstest
Baustein 5: Bewerbung
Baustein 6: Vorstellungsgespräch
Baustein 7: Ausbildungsstart

ver.di@school

Unterrichtsthemen zum download:

Rechte und Pflichten von Auszubildenden
3. Ausbildungsjahr - was nun?
Aufgaben und Aufbau von Gewerkschaften
Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung
Globalisierung
Tarifvertrag - was ist das
Betriebliche Interessenvertretung
Das Netz der Sozialen Sicherheit

Wigy e.V.

In Zusammenarbeit mit dem Handelsblatt werden insgesamt 496 didaktisch aufbereitete Artikel zu den folgenden Themenbereichen angeboten:

Wirtschaftsordnung
Private Haushalte
Unternehmen
Staat
Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Wirtschaftswissenschaftliche Grundsachverhalte
Arbeit und Beruf angeboten.

Unterrichtsmaterialien:

Aufbau einer Bilanz

Der regionale Wirtschaftsraum - am Beispiel eines landwirtschaftlich geprägten
Wirtschaftsraumes

Electronic-Commerce (E-Commerce)

Workshop Zukunft

Hans-Böckler-Stiftung (Hg.): Mitbestimmen, Mitgestalten, Mitverantworten, o.J.

Deutscher Gewerkschaftsbund (2000): Vom Traum zum Beruf, Themenheft 1, 2000.

Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.): Arbeit geteilt - geteilte Arbeit, o.J.

Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.): Arbeit: Geld oder Leben?, o.J.

Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.): Jung und Alt - Miteinander der Generationen, o.J.

Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.): Haus des Lernens Schule neu gestalten, o.J.

Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.): Telearbeit - die Jobs von morgen, o.J.

Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.): Sauber Arbeit - Umweltverträglich produzieren, o.J.

Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.): TeamWork - das Bündnis für Arbeit, o.J.

Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.): Tarife - Konflikte um Lohn und Leistung, 2002.

Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.): Gleiche Chancen - doppelter Gewinn, 2004.

Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.): Mobil in Europa, 2005.

Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.): Lehrerheft "Berufsweltorientierung mit dem Internet", 2005.

Zu den Themen werden Arbeitsmaterialien in einer Datenbank zum download angeboten.